

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeiliger Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 9.

Sonnabend, den 27. Februar 1909.

13. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. —
Haltet die Preise? — Haltet die Löhne! — Wie pulsiert unser Ver-
bandsleben? I. — § 153. — Arbeitnehmer und Arbeitgeber gegen
Schmähkonkurrenz. — Korrespondenzen. — Abrechnung der
Zentralkommission für Bauarbeiterschutz. — Zur Baukontrolle.
— Mundschau. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-
Veränderungen. — Quittung. — Briefkasten. — Anzeigen.
Beilage: Nachmals der Umschwung in der Grabmalerei.
— Der Ausschluß der Berufsbeamten aus den Arbeitskammern.
— Die Frauenarbeit in den Steinbrüchen. — Die Amtshaupt-
mannschaft Meissen gegen den übermäßigen Alkoholgenuss.
— Korrespondenzen. — Literarisches.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist
wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende
Nummer die Bekanntmachung weg.)

Sperret sind: Kappelrodt: Firma Satter in Buhl. —
Mühlhausen (Elß): Granitwerk Stör. — Konstanz:
Gymnasium-Neubau. — Aue (Erzgebirge): Steinbruch
Stengler. — Gemsbach: Firma Rüb.

Bredendel und Samelprings. Der Streit bei Chr. Menjing
dauert unverändert fort.

Altenhagen und Springs. Die Firma Blüger stellt Un-
organisierte ein, während die Einheimischen weiter arbeitslos
bleiben sollen.

Rüdnach. Mit der Firma Bachemauer kam ein Vertrag zu-
stande. Die Stundenlöhne wurden festgesetzt für Steinmetzen
auf 42, für Brecher auf 40 Pfg. In den Monaten No-
vember bis März beträgt der Stundenlohn durchweg 35 Pfg.
Bei Abräumungsarbeiten werden 30 Pfg. bezahlt.

Bad Dürkheim. Zugang nach hier ist fernzuhalten. Die
Unternehmer wollen uns den alten Vertrag mit einigen
Modifikationen wieder ausfallen.

Stetten. Die Unternehmer wollen den Kollegen die Stellung
des Geschäftes anstößigen. Eine Massenversammlung von
900 Steinarbeitern protestierte gegen diese unverschämte
Unternehmerzornung.

Leipzig. Der Streit bei der Firma Behmann ist zu unseren
Gunsten erledigt. Der Fortbruch ist schnell geföhnt worden.

Hausberg. Der Streit bei der Firma Huber ist zu unseren
vollen Gunsten erledigt. Die Gemäßregelungen werden wieder
eingestellt. Die sonderbaren Pläne des Herrn Huber konnten
wir also durchkreuzen.

Nordendorf. Die Gemäßregelungen wurden wieder eingestellt.
Mehr Ruhe im Betrieb ist für beide Teile am Platz.

Witten. Die Firma Karl Krämer hat bei den Pflasterstein-
arbeitern enorme Lohnreduzierungen vorgenommen. Zugang
ist streng fernzuhalten.

Reichenbach (Odenwald). Bei der Deutschen Steinindustrie
wird weiter gestreikt. Die Lohnabzüge müssen abgewehrt
werden.

Offenbach. Die Verheirateten werden nicht mehr eingestellt.
Zugang ist zu vermeiden.

Osnabrück. Am 1. Januar reichten die Kollegen eine Lohn-
forderung von 5 Pfg. pro Stunde an die Unternehmer ein.
Die Firma Louis Steinhaner gab darauf als Antwort, daß
sie sämtliche Steinmetzen entließ. Es liegt somit Maßregelung
vor. Die Firma will nun unorganisierte Steinmetzen ein-
stellen und sucht solche in auswärtigen Zeitungen.

Chemnitz. Die Unternehmer haben jede Verhandlung abgelehnt.
Zugang ist fernzuhalten.

Pilgramsdorff-Neuau. Der bis 31. März laufende Tarif
wurde am 31. Januar von unseren Kollegen gekündigt.

Blauenburg (Harz). Am 8. Februar sind die Kollegen der
Firma Schönfeld in den Streik getreten. Die Firma wandte
sich an verschiedene Handelskammern mit der Bitte,
es möchten ihr Steinmetzen vom Lande zugewiesen werden.
Da kann aber die Firma lange warten.

Sendorf. Die Pflastersteinarbeiter lehnten die Lohnreduzierungen
ab; der Streit ist seit 6 Wochen perfekt. Die Unternehmer
wollen aus nationalem Empfinden — russische Arbeiter an-
werben.

Wenig-Radwitz. Der Werkführer Ulrich hat aus Rache die
gesamte Ortsverwaltung nicht mehr eingestellt. Diesen Schlag
wird der Verband zu parieren wissen. — Die Firma
Zeidler u. Wimmel in Radwitz ist gesperrt.

Götha. Der Tarif der Granitarbeiter wurde auf 2 Jahre
verlängert. Einige kleine Verbesserungen konnten durchgesetzt
werden.

Safferode. Die Aktiengesellschaft „Steinere Renne“ hat den
Tarif gekündigt. Die Granitarbeiter müssen Zugang fern-
halten.

Breslau. Am 3. Februar fanden Tarifverhandlungen statt.
Die Meister waren recht hartnäckig. Von einer Zulage wollen
sie nichts wissen. Eine Einigung kam nicht zustande.

Freiburg (Baden). Die Unternehmer haben Lohnabzüge vor-
genommen. Die Firma M. Reimann in Almsenberg will
Alford einführen.

Wahlen (Baden). Die Steinmetzen, welche bei der Stauanlage
beschäftigt waren, legten wegen Lohnunterschieden die Arbeit
nieder. Es kommt die Firma Bscholtz in Betracht.

Metten. Der Kampf mit der Bayerischen Granit-Aktiengesellschaft ist zu unseren vollen Gunsten beendet. Re-
sultat: Die Firma stellt von nun ab sämtliches Werkzeug.
Für die Brecher ist auch die Schärfe frei. Den Steinmetzen
werden 6 Prozent Entschädigung vom Arbeitslohn zu-
gebilligt, müssen aber die Schärfungskosten damit übernehmen.

Böhmen: Karlsbad, allgemeiner Streik. Schwarzbrunn,
alle Firmen gesperrt. Hermannsdorf, Firma Siebl gesperrt.
Niederösterreich: Hühelsdorf, Firma Sommer u. Weniger ge-
sperrt.

Salzburg: Fürstendbrunn, Kiefer-Druck, Streik.
Ungarn: Bilis-Szanto gesperrt. Fiume-Susak, Marmor-
werkstätte Giuseppe Sussain boykottiert.

Frankreich: Abainville. Von der Direktion wurden sämt-
liche deutsche Kollegen entlassen. Es liegt Maßregelung vor.
Die Granitarbeiter mögen auf eventuelle Inserate nicht herein-
fallen. — Herr Formans, der dortige Werkführer, will
sich in Dortmund Ersatz verschaffen.

Haltet die Preise? — Haltet die Löhne!

Nur keine Preisnachlässe! Wie oft erscholl dieser Ruf
in den Monaten der Krise, wie oft tönte er aus den
Spalten der industriellen Fachpresse entgegen! So sehr
die Kleinen die Großen bestürmten, wenn der hohe Preis-
stand die Käufer schreckte, donnerten ihnen diese in die
langen Ohren: Die Preise halten! Keine Preis-
ermäßigung!

Das ist die Parole des Kapitalismus, das Rauber-
und Erkennungswort, womit sich die Ausbeuter gegenseitig
ermuntern. Dies ist das Rezept, durch dessen Anwendung
sie glaubten, die schwere Zeit des Niedergangs bestehen zu
können. Während früher bei solchen Anlässen eine wilde
Panik entstand und die bestürzten Unternehmer sich gegen-
seitig bis zur Verachtung unterboten, lautete diesmal
das Selbstgespräch ganz anders. Die Fahne des „kapi-
talistischen Profits“ sollte trotzig verteidigt und nach wie vor
hochgehalten werden.

In allen Stadien des Produktionsprozesses, im Groß-
Detailhandel war der Appell an die Kronhüter des drei-
mal heiligen Profits zu hören und bei jeder Gelegenheit
konnte man der Mahnung begegnen, nicht jeder Schwän-
kung des Marktes gleich zu folgen und nachzugeben, son-
dern standhaft zu bleiben und die Fahne des Profits un-
entwegt in den Lüften zu schwenken.

Freilich mit der Durchführung dieses für die Unter-
nehmer sicherlich gutgemeinten Ratsschlages haperte es. Die
Sache war schwierig. Wo der Zollschutz gegenüber den
Stürmen des Weltmarktes eine gewisse Garantie bot und
die erforderliche Sicherheit verbürgte, da ließ man sich's
natürlich nicht zweimal sagen und wehrte sich kraftvoll
wider jede Herabsetzung der Preise, um die Verbraucher
so wie bisher nach allen Regeln der Kunst zu schröpfen.
Insbesondere die Kartelle waren bemüht, der ausgegebenen
Lösung Rechnung zu tragen. Während ringsherum die
Krise ihr Menetekel malte und das Wehgeschrei der ver-
unglückten Profitjäger immer lauter sich erhob; während
einzelne Donnerschläge den Zusammenbruch von Banken,
Er- und Importhäusern anzeigten und die Herren Spek-
ulanten ob ihrer Erzeße sich reuig an die Brust schlugen,
wo es doch besser gewesen wäre, sich vorher an den Schädel
zu klopfen; während die Aufträge immer spärlicher ein-
ließen und die bereits erteilten Orders storniert wurden
— in dieser kritischen Situation, die das einst so stolze
Schiff der industriellen Hochkonjunktur nur mehr einem
zerflossenen Wad gleich dahintrick und der Boden unter
den Füßen zu bersten drohte, kommandierten die Kapitäne
der Industrie: „Voll Dampf voraus!“ Mit Absicht täuschten
sie die Passagiere über die Gefahren des hohen See-
gangs, der das Schiff mit Sturzwellen übergaß, und
wiegelten sie in Sicherheit bis zur letzten Stunde.

Die Eisenkartelle, das Kohlenkartell, die Rohstoff-
verbände überhaupt, sie haben den weiterverarbeitenden
Industrien horrende Tribute auferlegt. Eine ganz neue
Preispolitik wurde von den Kartellen vorgeschlagen, um
den Vorteil der Kommittenten wahrzunehmen. Statt der
Regulierung der Preise nach dem jeweiligen Stande der
Konjunktur, wurden die Preise forciert bis zum letzten
Moment. Aus England wurde in die deutschen Industrie-
gebiete Kohle verschifft — die Herren vom rheinisch-west-
fälischen Kohlenkartell zuckten nicht mit der Wimper.
Was scherte es sie, daß die heimische Industrie über die
unerhörlichen Kohlenpreise klagte! Sie taten ja das-
selbe wie ihre englischen Kollegen und verkauften gleich-
falls nach dem Ausland. „Mein Vaterland muß größer
sein“, denkt der Kohlenkapitalist, und so wie er denken sie
alle: die Eisen- und Stahlmagnaten, die Baumwollkönige,
die Holzmillionäre, die Agrarier und alle die nicht-
nutzigen Nutznießer der Bodenschätze der Erde, die doch für
alle Menschen „geschaffen“ sein soll.

Aber auch die andern Unternehmer „hielten“, so lange
es halbwegs ging, die Preise, und der Gedanke einer
Stabilisierung der Profite ist schon fast zu einem Gemein-
platz geworden. Stetigkeit und Gleichmäßigkeit müssen,
so predigen die industriellen Plasmacher, in der Preis-
politik fortan mehr denn je beobachtet werden, und darum

die unausgesetzte Aneiferung, um die Rentabilität der
Produktion sicherzustellen. „Nur keine Preisnachlässe!
Die Preise hoch und hoch die Profite!“

Und die Herren Unternehmer haben recht: „Die Preise
zu behaupten“, ist ein erstes Gebot jedes Verkäufers einer
Ware, will er nicht als unreell gelten und sich dem Ver-
dachte aussetzen, daß er früher gewissenlos übertrieben
habe. „Die Preise zu behaupten“, ist aber auch ein Gebot
für die Arbeiter, und für sie erst recht gilt in Zeiten der
Krise der Grundsatz: die Preise halten! Was für den
Kapitalisten die Stabilisierung der Preise, das ist für den
Arbeiter die Stabilisierung der Löhne. Ja, gerade die
Löhne müssen vor Senkungen bewahrt werden, weil sie
das einzige Einkommen von Millionen Proletariern sind
und weil die Kaufkraft dieser Massen eine, ja die wichtigste
Voraussetzung für den Fortbestand der Industrie ist. Ohne
die Konsumfähigkeit der Arbeiterklasse keine Entwicklung
der Produktion, keine Profite, kein wirtschaftliches Leben!
Der Kapitalist kann in den Zeiten der Krise von den ge-
steigerten Ergebnissen der Konjunkturjahre leben; nicht
aber der Arbeiter. Denn die Jahre der Konjunktur sind
zwar Erntejahre für den Kapitalisten, dem Arbeiter aber
bringen sie in der Regel nur gesteigerte Lebensmittelpreise.
Wenn es ihm schon geglückt ist, von dem erhöhten Profite
des Unternehmers einen bescheidenen Teil für sich zu er-
langen, so wird diese Aufbesserung des Lohns völlig wett
gemacht von der Verteuerung der Bedarfsartikel für seinen
Haushalt. Längst erforderlich gewesene Nachschaffungen
werden gemacht, Entbehrungen früherer Zeiten zum Teile
wenigstens fallen gelassen.

Lange freilich dauert diese günstige Periode, in der die
Arbeiter aufatmen und sich von den Leiden der ver-
flossenen Krise erholen kann, nicht an. Denn kaum hat
sie sich ein größeres Stückchen Brot erobert, da naht auch
schon wieder die neue Krise heran. Der Unternehmer,
der zu Anfang der guten Konjunktur eine Lohnhöhung
verweigert hatte, weil sich der vermehrte Warenabfah nicht
sodort in eine Preissteigerung umzusetzen vermag, weist
jetzt darauf hin, daß der Warenabfah wieder zu fließen
beginne und die Abbröckelung der Preise bald folgen
werde. Wenn also der Arbeiter nicht rechtzeitig sich seinen
Anteil am gesteigerten Arbeitsertrag zu sichern vermocht
hat, geht er ganz leer aus. Aber selbst wenn es ihm mit
Hilfe seiner gewerkschaftlichen Organisation gelungen ist,
den Lohn ein wenig zu erhöhen: den Hauptvorteil ent-
wenden ihm die Lebensmittelwucherer und Zwischen-
händler aller Art, die gerade in Zeiten der Hochkonjunktur
mit den Preisen ihrer Waren unverschämte in die Höhe
gehen.

Und in den Jahren der Krise? Da bleibt dem Arbeiter
sicher eine Erinnerung an die Konjunkturperiode: die
hohen Lebensmittelpreise. Sie sinken nicht, und wenn
vielleicht die Preise der industriellen Roh- und Hilfsstoffe
herabgehen: die Preise der Fertigfabrikate von Kleidung
und Beschuhung bleiben unbewegt auf dem bisherigen
Niveau. Die Lebenshaltung des Arbeiters hat sich ver-
teuert, aber das Einkommen droht zu sinken, nachdem die
Kaufkraft schon früher gelitten hat. Ja, der Unternehmer
droht sogar mit einer Lohnreduktion! Er läßt nur Halb-
tagarbeit berichten, sperrt an einigen Tagen in der
Woche den Betrieb, und wenn die Feierschichten nicht aus-
reichen, greift er zur Verschlechterung der Arbeits-
bedingungen, reduziert die Lohnsätze.

Und dabei will man dem Arbeiter noch einreden, daß
eine solche Maßnahme auch in seinem Interesse liegt,
insofern sie von zwei Uebeln das kleinere ist und das
größere Uebel: die Entlassung dadurch vermieden werden
sollte. Zum Schaden fügt man den Spott und appelliert
an seine Solidarität, die doch gebiete, daß einer für alle
stehe und alle für einen. Im Interesse dieses einen, der
von der Entlassung bewahrt werden könne, wenn die Ge-
samtheit sich einen Abzug vom Lohn gefallen lasse, fordert
der Unternehmer die Zustimmung der Arbeiter dazu, daß
sie sich den Brotkorb „freiwillig“ höher hängen. Denn
den Grundsatz der Preisstabilisierung läßt er selbstver-
ständlich nur für sich gelten — der Lohn des Arbeiters soll
seiner Diktatur ausgeliefert sein! Zweierlei Recht —
ein doppeltes Recht, das ist das sozialpolitische Ideal des
Unternehmertums. Und zwar verlangt es für sich ein
Herrnenrecht, für die Arbeiter ein Sklavenrecht, für sich:
die Preise diktieren zu dürfen ohne jede Einschränkung,
auch die Preise der Ware Arbeitskraft; für die Arbeiter:
— ja Bauer, das ist was andres! . . .

Was können, was müssen die Arbeiter dagegen tun?
Sie brauchen nur das glorreiche Beispiel ihrer Ausbeuter
befolgen und dieselbe Preispolitik treiben wie diese.
„Haltet die Preise?“ Nein: „Haltet die Löhne!“ Das
muß die Parole der Arbeiter sein, der sie zu gehorchen
haben — bei Strafe des Hungertodes! „Haltet die Löhne!“
Und das Mittel hierzu? Die Gewerkschaft.

Wie pulsiert unser Verbandsleben?

Es ist notwendig, in kurzen Zügen eine gedrängte
Uebersicht über die wichtigsten Berufs- und Verbands-
vorkommnisse in den einzelnen Gauen für das verfloßene
Jahr zu geben.

Im Berliner Gau ist der größte Prozentsatz der Kollegen organisiert. Hunderte von Indifferenten kommen für die Agitation gar nicht mehr in Frage. Der innere Ausbau der 11 Zahlstellen darf als gut bezeichnet werden. Es wäre allerdings traurig, wenn dem nicht so wäre. Wir haben einen kleinen Mitgliederverlust zu verzeichnen. In Berlin selbst wird überhaupt nur wenig Arbeit angefertigt. Die Sandsteinarbeiten kommen zu 90 Proz. von außerhalb; mit den Marmorarbeiten ist es nicht anders. Wir haben die massive Arbeit hierbei im Auge. Allerdings Platten- und billige Möbelarbeit wird in Berlin noch einigermassen fabriziert. Zu Bauten fand der Muschelfalk vor Jahren noch mehr Verwendung; dieses Material wird momentan nicht mehr so stark begehrt. Dasselbe ist von dem Travertin zu verzeichnen, der in Langensalza gewonnen und verarbeitet wird. Wer heute die Berliner Bauten betrachtet, wird finden, daß der Travertin so ziemlich als Haussteinmaterial ausgeschaltet wird.

Auf den Werkplätzen fällt uns eine Erscheinung auf, nämlich die Zahl der Lehrlinge geht immer mehr zurück. Zwei Gründe können dafür angenommen werden: 1. die Werkstücke werden in den Brüchen angefertigt, die Berliner Gesellen werden meist auf Bau beschäftigt, und um Werkarbeiter heranzubilden, hat der einzelne Unternehmer kein Interesse; 2. die Gefahren unseres Berufes in gesundheitlicher Beziehung sind in der Bevölkerung so bekannt, daß eine Ueberflutung durch Lehrlinge sowieso ausgeschlossen wäre.

Die Arbeitsverhältnisse in den Granitzahlstellen Ost- und Wolgast müssen als stabil bezeichnet werden. Die Graniter können im allgemeinen auf ständige Arbeit rechnen; was aber nicht verlockend ist, in dieser Branche tätig zu sein, ist die niedrige Entlohnung.

Was die Zahlstellenverwaltungen im Gau betrifft, so kann allen eine gute Zenur ausgestellt werden. Arbeitsfreudigkeit und Opferwilligkeit zeichnet alle unsere Funktionäre aus. Es ist erfreulich, daß trotz der Geschäftsflaute die Kollegen nicht mutlos werden; im Gegenteil, der Refrain lautet: auch für uns kommt wieder die Zeit der Ernte. Weitere Einzelheiten zu betonen, ist nicht nötig, das wesentlichste enthält ja der Gaubericht (veröffentlicht in Nr. 6).

Gaubezirk Striegau. Im Granitzgebiet ist der Bestand der Mitglieder in den einzelnen Zahlstellen, abgesehen von geringen Schwankungen, ziemlich stabil geblieben. Dagegen bewirkte die große Arbeitslosigkeit in den Sandsteingebieten eine außerordentliche Schwankung der Mitgliederzahlen. Zum Vergleich sei eine Zahlstelle aus dem Granit- und eine aus dem Sandsteingebiet angeführt. In der Zahlstelle Striegau dauert die Mitgliederzunahme schon seit einigen Jahren an. Das Tempo wird in der letzten Zeit etwas langsamer, weil namentlich der größte Teil der organisationsfähigen Kollegen dem Verbands angehört. Es gilt jetzt die schwerer zugänglichen, auf dem Lande zerstreut wohnenden Kollegen zu erobern. Die Zahl der Mitglieder stieg vom Anfang des 3. Quartals bis Ende des 4. Quartals von 995 Mitgliedern auf 1007 Mitglieder. Anders liegen die Verhältnisse in der Zahlstelle Bunzlau. Hier ist in bezug auf den Bestand der Mitgliederzahl ein fortwährendes Auf- und Nieder zu beobachten. Im Gegensatz zu Striegau, an welchem Orte die Konjunktur ziemlich gleichmäßig gut ist, wird die Sandsteinindustrie von jeder Schwankung auf dem Wirtschaftsmarkt getroffen. Daher kommt es dann, daß einmal Nachfrage nach Arbeitskräften und dann wieder ein Ueberangebot von solchen vorhanden ist. Der Mitgliederbestand der Zahlstelle Bunzlau ist dabei stark gesunken. Daraus folgt dann auch, daß in der Verwaltung der Zahlstelle ein öfterer Wechsel eintreten muß. Der letzte Wechsel der Verwaltung in Bunzlau ist direkt durch die Krise verursacht worden. Infolge Arbeitslosigkeit mußten die einzelnen Vorstandsmitglieder ihre Ämter abgeben. In Striegau ist ein Wechsel selten, weil hier ein angestellter Beamter die Leitung der Zahlstellengeschäfte besorgt.

In beiden vorgenannten Zahlstellen befinden unsere Kollegen ein großes Interesse an der Erkenntnis ihrer Stellung im Massenstaat. Nicht nur aus den Zeitungen holen unsere Kollegen ihr geistiges Wissen, auch andere wissenschaftliche Literatur wird von den Verbandsmitgliedern gehalten. Außerdem fand im Herbst in Striegau ein Kursus über Volkswirtschaftslehre statt. Lehrer war Genosse Nühle, die Teilnehmerzahl betrug 150 Personen. Meist waren es Steinarbeiter, die am Kursus teilnahmen. Ähnliche Kurse hält Genosse Schebs in Bunzlau, wo unsere Kollegen sich ebenfalls lebhaft daran beteiligen. Diese Kurse sind freilich nur dazu da, um den Arbeitern einen Maßstab zu verschaffen, wie sie sich selbst Wissen und Erkenntnis erwerben können. Das kann natürlich nur durch ein gründliches Weiterstudium geschehen. Die nötigen Bücher liefern die Gewerkschaftsbibliotheken. Wie groß der Wert dieser Bildungsarbeit ist, erkennt man daran, daß in beiden Zahlstellen rednerische Kräfte heran- gebildet werden, die instande sind, für unsere Ziele Propaganda zu machen.

Während in der Zahlstelle Bunzlau die freie Organisation schon zur Tradition geworden ist, und neben dem Verbands noch keine andere Organisationsrichtung festen Fuß fassen konnte, haben wir in Striegau eine alte Hirsch-Dundersche Gegenorganisation. Doch ist auch da die propagandistische Kraft der gegnerischen Organisation gebrochen. Christliche sind nicht vorhanden.

Mit Striegau sind schon mehrere frühere Zahlstellen vereinigt, so Tschirnitz, Eisdorf und Gr.-Rosen. Weiter wurde im Laufe des Jahres 1908 angestrebt, auch die Zahlstelle Gäßlich mit Striegau zu vereinigen. In Zukunft muß die Vereinigung der beiden Zahlstellen Strehlen und Ströbel ebenfalls diskutiert werden. Viele Gründe sprechen dafür. Diese wollen jedoch ihre Selbstständigkeit behalten. Es wäre weiter möglich, sämtliche Zahlstellen des niederschlesischen Distrikts zu einer einzigen zu vereinigen, leider aber findet sich für diese Anregung keine Mehrheit. Der ganze Verwaltungsapparat ließe sich dadurch vereinfachen. Allerdings muß anerkannt werden, daß wir in niederschlesischen Sandsteingebiet äußerst tüchtige Kräfte besitzen, die im Verbandsinteresse intensiv tätig sind. So darf Kollege Eulitz für den Nachwitzer und Wödenberger Bezirk die Seele der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung genannt werden. Seit 12 Jahren ist dieser Kollege in der selbstlosesten und uneigennützigsten Weise für die Steinbruchsproleten in der Gewerkschafts-

politischen Bewegung tätig. Hervorgehoben muß werden, daß im Sandsteingebiet, soweit Seimwegen in Frage kommen, Unorganisierte eine große Seltenheit sind. Möchten wir doch anderweitig auch so weit kommen. Bezüglich der Kassenführung herrscht im Gau peinlichste Genauigkeit.

Gau Dresden. Das Klassenbewußtsein der ländlichen Steinarbeiter wird immer mehr geweckt. Die Presse hat in dieser Beziehung doch schon eine ansehnliche Kulturarbeit geleistet. Die Hartsteinarbeiter sind allerdings schwerer organisationsfähig, besonders, soweit „Einheimische“ in Frage kommen. Der Lausitzer Steinarbeiter geht eben sehr selten in die Fremde. Die Löhne sind schlecht, und der Teufel Alkohol feiert die schönsten Triumphe. Unser Vordringen im Demitz-Thumitzer Gebiet kann aber nicht mehr aufgehalten werden. Wir marschieren trotz aller Hindernisse. Die Unternehmer in der Lausitz jammern, daß ihnen verschiedene Abgabengebiete verloren gegangen sind. Wir meinen, diese Behauptung ist unzutreffend; die Unternehmer sind niemals zufriedenzustellen. Soffentlich stellen in Bautzen, Cunewalde, Ebersbach und Sorba die Kollegen in agitatorischer Beziehung ihren Mann. In der Lausitz muß auf eine genaue Kassenführung strengstens gesehen werden. Wir haben durch die unreelle Handlung einiger früherer Funktionäre die schwersten Nachschläge erdulden müssen. Heute sind diese Wunden noch nicht völlig geheilt.

Demitz-Thumitz berechtigt zu den schönsten Hoffnungen, die Verwaltung ist in sehr guten Händen. Die zurückgehaltene Lohnbewegung (insolge der Krise) brachte uns in dieser Zahlstelle leider einen Mitgliederverlust. Bei passender Gelegenheit wird mit der Agitation ganz energisch eingesezt werden müssen. Bezeichnend ist die Erscheinung, daß in der Granitindustrie heute eine bessere Stimmung für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung vorhanden ist. Es soll mit dieser Behauptung keine Stimmung für die betreffende Frage gemacht werden.

Im Meißner Granitzgebiet steht unser Verband genau so gut fundiert da, als wie vor der Köhlerschen Absperrung.

Was die Frage der Verschmelzung mehrerer Zahlstellen betrifft, so muß in Zukunft darüber gründlich geredet werden. Nach unserer Meinung könnte Meißen I und II leicht zusammengelagert werden. In Demitz-Thumitz wird sich auf die Dauer die Anstellung eines Lokalbeamten nicht umgehen lassen, so daß damit die räumliche Erweiterung der Zahlstelle gleich gelöst werden kann. In volkswirtschaftlicher Beziehung ist bebauenswert, daß das schöne Elbsandsteinmaterial von den Bauherren nicht genügend gewürdigt wird. Die Arbeiterzahl in dieser Industrie wird immer kleiner. Was herrschte in den Jahren 1890—1900 im Pirnaer Gebiet für ein reges Treiben, wie pulsierte damals das Verbandsleben. Von Dresden und Pirna aus wurde in organisatorischer Beziehung viel getan, um den Verband auf die heutige Höhe zu bringen. In Pirna wurde 1899 auch der nachher stark behandelte Entwurf betreffs Umänderung der Organisationsform ausgearbeitet. Stufenweise wurden dann die einzelnen Grundgedanken auf den einzelnen Verbandstagen in Leipzig, Erfurt und Nürnberg in die Praxis umgesetzt. Diese Tatsache sei aus historischen Gründen bloß nebenbei erwähnt. (Fortsetzung folgt.)

§ 153.

In welcher tiefstimmiger Weise da hinten im Bayerischen Wald die Justiz Urteile begründet, soweit Vergehen gegen das Koalitionsrecht in Frage kommen, zeigt nachstehende Schilderung. Saßen da jüngst an einem wetterwendigen Sonntag im Gasthaus zu Schloß Egg bei Metten etliche Steinhauer und Wirger hinter den gefüllten Maßkrügen und pflegten gelehrte Disputationen. Zwischen den Steinhauern Gegenfurtner und Grahmeier kam es zu einem Wortwechsel. Letzterer behauptet, er sei terrorisiert worden, weil er als Arbeitswilliger bei der Bayerischen Granit-Aktiengesellschaft fungierte. (Die Firma hat bekanntlich am 13. Februar unsere Forderungen bis auf ein Minimum bewilligt.) Es sollen bei dieser Kontroverse einige Ausbrüche gefallen sein, die dort sonst landesüblich sind. Damit in schwierigen Fragen sich die sonst nicht üblen bayerischen Wäldersbuaum verständigen können, wird manchmal auf einen berben Ausdruck zurückgegriffen.

Das keine Aebetourner, das sonst den Gästen nicht weiter auffiel, endete mit einer Verhandlung vor dem Schöffengericht in Deggendorf. Grahmeier münzte nämlich den Beleidigten und Gegenfurtner war wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung angeklagt. Die Zuhörer folgten mit großem Interesse der Verhandlung, sie konnten gar nicht erweisen, daß dieser § 153 der Gewerbeordnung, welcher vor dem dortigen Schöffengericht anscheinend zum erstenmal interpretiert wurde, gar so gefährbringend sei. Das Verhandlungsergebnis ergab: Grahmeier beschwor, er sei vom Angeklagten zuerst beleidigt worden. Der Angeklagte bot zwei Zeugen an, daß er zuerst vom Zeugen angerempelt worden sei, das Gericht lehnte aber die Zeugenabgabe ab. Der Anwalt beantragte für den Angeklagten drei Wochen Gefängnis, das Schöffengericht ging über diesen Antrag hinaus und setzte vier Wochen fest. Begründet wurde nun das Urteil u. a. damit:

Was das Strafmaß anlangt, so bestand Veranlassung, diesem in hiesiger Gegend erstmalig zur Erscheinung tretenden Fall des Terrorismus organisierter Arbeiter gegen nicht-organisierte Arbeiter energisch entgegenzutreten. Es wird das Koalitionsrecht der Arbeiter in jeder berechtigten Weise, d. h. soweit das Koalitionsrecht der Arbeiter berechtigt ist, voll anerkannt. Es muß aber mit aller Energie einem Mißbrauch dieses Koalitionsrechts entgegengetreten werden. Ein Mißbrauch aber ist es, wenn durch Beleidigungen ein organisierter Steinhauer einen nichtorganisierten von der Arbeit abzubringen versucht. Es erschien deshalb eine Gefängnisstrafe in der Dauer von einem Monat dem Verschulden des Angeklagten für angemessen.

Diese Fälle in der Begründung sind ja geradezu „falsche“ Perlen juristischer Definierungskünste. Wohlgeremt, der „erste“ Terrorismusfall muß streng geahndet werden. Seit Jahren dominiert in Metten und Umgebung eine starke Gewerkschaftsbewegung, monatelang dauerte der Kampf mit der Bayerischen Aktiengesellschaft, und noch niemals hatte das Bezirksamt, die Gendarmerie oder das ordentliche Gericht Grund zum Eingreifen. Alle Bürger erkannten an, welchen großen moralischen Einfluß (im guten Sinne) der Steinarbeiterverband auf die Arbeiter, ja sogar teilweise auf die übrige Bevölkerung ausübte. Niemand hatte in der Waldregion bisher vom Terrorismus der Organisierten etwas vernommen. Ja, der Arbeitswillige Grahmeier konnte wochenlang den weiten Weg von Ebenketten nach Metten zur Arbeitsstätte zurücklegen, und kein Mensch terrorisierte ihn, trotzdem ein großer Teil der Bevölkerung über seine Handlung stark erbittert ist. Die Sache aber, die Sonntag in einer Wirtschaft

stattfindet, wird gerichtlich als Terrorismus gestempelt, das ist eine Unterschätzung der Bedeutung des Koalitionsrechts. Das Gericht mag subjektiv geglaubt haben, mit der angelegten Strafe das Nützliche zu treffen, objektiv aber ist das Urteil geradezu unhaltbar.

Die Urteilsbegründung mußte etwa lauten: Der Wortwechsel fand im Gasthaus zu G. an einem Sonntag statt. Es ist völlig ausgeschlossen, daß Gegenfurtner mit dem Vorfall die Wirtschaft aufsuchte, den Arbeitswilligen Grahmeier zu terrorisieren. Die Differenzen entspannen sich zufällig. Die Erregung des Angeklagten über Grahmeier war begreiflich. Die Steinhauer führten einen monatelangen Kampf mit einer arroken Firma, damit diese das vertraglich festgelegte, was die übrigen Unternehmer durch Tarif schon längst anerkannt hatten. Der Kampf der Steinhauer muß als solcher bezeichnet werden, welcher hohe, sittliche, moralische und soziale Zwecke ins Auge faßt. Der materiellen Besserstellung der dortigen Steinarbeiter galt der Kampf, an welchem der Angeklagte beteiligt war. Der Zeuge Grahmeier wollte das Gegenteil mit seinen Diensten, die er der Firma leistete, bezwecken. Seine Handlung hat deshalb beinahe etwas Unmoralisches an sich. — Das Gericht kann nicht finden, daß der Angeklagte den § 153 der Gewerbeordnung verletzt hat, somit erfolgt seine Freisprechung. —

Die Sache geht jetzt vor das Landgericht, wir kommen später auf das Urteil jener Instanz noch zurück.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegen Schmutzkonzurrenz.

Am 17. Februar fand vor dem Schöffengericht II in Hamburg eine allgemein interessierende Verhandlung statt: Ihr lag ein gemeinschaftlicher Kampf von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Aufrechterhaltung des Lohntarifs zugrunde. Nach dem für Hamburg-Altona und Umgebung abgeschlossenen Lohn-tarif beträgt im Malergewerbe der Stundenlohn 65 Pfg. bei neunstündiger Arbeitszeit. Im Herbst 1908 übernahmen zwei Hamburger Malermeister und die Leipziger Firma Edlich Arbeiten auf der Vulkan-Werft in Hamburg. Der Leipziger Unternehmer hatte seine Gehilfen aus Leipzig mitgebracht, die nach dem Leipziger Tarif nur 45 Pfg. Stundenlohn erhielten und zehn Stunden arbeiteten. Als Verhandlungen mit der Firma Edlich in dieser Sache fruchtlos verliefen, wurde über sie die Sperre verhängt und ein an die „Arbeiter auf dem Bauplatz der Vulkan-Werft zu Hamburg“ gerichtetes Flugblatt veröffentlicht, das von der Organisation der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unterzeichnet war. Der Obermeister Hansen hatte noch hinzugefügt: „Die Verhängung der Sperre und die Herausgabe dieses Flugblattes erfolgt mit unsrer ausdrücklichen Zustimmung.“ Dieses Flugblatt wurde auch an dem Bauanzug der Werft befestigt, worüber es zwischen einem Leipziger und einem Hamburger Gehilfen zu Differenzen kam, weil der Leipziger das Flugblatt abbrach, was ihm einen Schlag auf die Hand eingetragen haben soll. Der Hamburger wurde nun wegen Nötigung und Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung angeklagt. Der als Zeuge vernommene Obermeister Hansen erklärte, daß der Kampf zur Aufrechterhaltung des Tarifs von beiden Organisationen geführt worden sei, um die Schmutzkonzurrenz vom Hamburger Vertragsgebiet fernzuhalten. Sollte der Angeklagte sich strafbar gemacht haben, dann müßte auch er, Zeuge, bestraft werden. Der Verteidiger, Dr. Herz, führte aus, daß der § 153 hier gar nicht in Frage kommen könne. Der Lohn-tarif sei das Ergebnis eines Kampfes zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern; er sei ein Friedensschluß und kein Kampfmittel; es liege auch kein Vorzug aus einem Kampfe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zugrunde, sondern ein Vorzug aus einem Kampfe zwischen Lohn-tarif und Lohn-tarif, zwischen einer Arbeitnehmer- und einer Arbeitgeberorganisation in Hamburg und einer Leipziger Vereinigung, um einen Kampf zwischen Tarif-treue und Tarif-treue. Das Gericht schloß sich dieser Ansicht an und sprach den Angeklagten von beiden Anklagepunkten frei, verurteilte ihn aber wegen des Schlags auf die Hand aus dem Beleidigungsparagrafen zu 5 Mk. Geldstrafe.

Soffentlich findet das verständige Urteil über die Auslegung des § 153 der Gewerbeordnung allgemeine Nachahmung. Dieses Urteil bietet einen schönen Vergleich mit der Schöffengerichtsverhandlung in Deggendorf (siehe Artikel § 153). In Hamburg hat das Schöffengericht anerkannt, daß es richtig ist, die Schmutzkonzurrenz zu beseitigen und daß die örtlichen Tarifbestimmungen Anerkennung finden müssen.

Korrespondenzen

Berlin. Vor Eintritt in die Tagesordnung der am 21. Februar stattgefundenen (kombinierten) Mitgliederversammlung wird das Andenken des verstorbenen Kollegen Franz Müller (Jiliale II) und des unglücklichen Kollegen Max Hoffmann (Jiliale I) geehrt. Sodann beschäftigte sich die Versammlung mit der definitiven Beschlußfassung des von beiden Ortsverwaltungen vorgelegten Ortsstatuts, welches mit der Verschmelzung in Kraft treten soll. Da es an gründlichen Beratungen im engeren Kreise nicht gefehlt hatte, so fand die Vorlage nach kurzer Diskussion die Zustimmung der Versammlung. Auch gegen den Anstellungsvertrag wurden nur unwesentliche Monitas erhoben. Eine längere Auseinandersetzung erforderte die Neuerung der Zahlstelleneinrichtung, doch glaubt der Vorstand, auch hier den richtigen Weg eingeschlagen zu haben, indem er auf Grund der Steinarbeiteradressen die Zahlstellen dahin verlegt hat, wo immer eine größere Anzahl Kollegen ihre Wohnung haben. Zu den örtlichen Unterstützungs-einrichtungen, welche nur unwesentliche Änderungen erfahren, wird aus der Mitte der Versammlung ein Antrag gestellt, wonach den reisenden Kollegen, welche von der Zentrale aus-gesiewert sind, ihr volles Reisegehalt aus der Ortskasse gezahlt werden soll. Nach kurzer Debatte wird der Antrag dem Vorstand überwiesen. Hierauf tagten noch beide Jilialen getrennt. Berlin I nahm Stellung zum Ablauf des Tarifs, welcher bekanntlich von den Unternehmern gekündigt wurde. Trotzdem bis zum Ablauf am 1. März nur noch wenige Tage sind, haben sich die Unternehmer noch in keiner Weise geäußert. Es wurde deshalb angeregt, der Gesellenauschuß möge noch vor dem 1. März mit den Unternehmern in Verbindung treten, doch wird von anderer Seite ganz entschieden dagegen gesprochen, nicht an uns, sondern an den Meistern ist es, Verhandlungen anzubahnen. Auch von seiten des Vorstands wird den Kollegen empfohlen, eine abwartende Haltung einzunehmen, sollten aber am 1. März, was nicht ausgeschlossen ist, die Unternehmer mit einem reduzierten Tarif an einzelne Kollegen herantreten, dann ist es selbstverständlich die Pflicht eines jeden Verbandsmitglieds, ein derartiges Ansuchen ganz energisch zurückzuweisen, und unverzüglich der Ortsverwaltung mitzuteilen. Nach Erledigung einiger örtlichen Unterstützungs-gesuche wird die Versammlung geschlossen.

Numerierung des Schriftführers: Die Unternehmer planen eine Ueberumpelung. Daß ihnen das nicht glückt, dafür werden die Berliner Steinarbeiter Sorge tragen. Erwähnt sei nur, daß der Bildhauertarif ebenfalls am 1. März abläuft, desgleichen, wie bekannt, der Bunzlauer Tarif, wo die Verhandlungen bisher gescheitert sind. Darum, Kollegen, seid auch eventuell auf das Neueste vorbereitet, und iver, den schon

lange Zeit arbeitslosen Kollegen rufe ich zu, ihr, die ihr durch den Einfluß der verkehrten Wirtschaftsordnung so schwer blühen müßt, laßt euch, wenn es sollte zum Heilwerden kommen, nicht durch schöne Versprechungen der Meister zum Verräter eurer eignen Sache werden. „Hoch die Solidarität.“

Max John.

Aue. Am 7. Februar hielt die Zahlstelle Aue ihre Generalversammlung ab. Kollege Bösch hielt einen Vortrag über: Die Krise, und was lernen wir daraus. Lebhafter Beifall wurde am Schluß des Referats dem Vortragenden zuteil. Dann wurden die Kollegen Böger als 1., Zippel als 2. Vorsitzender, Dörfel als Kassierer, Bösch als Schriftführer, Sommerauer als Stellvertreter, Stöhr und Heinrich Hübner als Revisoren, Gerbatsch als Statistiker, Gebhardt als Zeitungsvorbereiter und Bösch und Zippel als Kartellbelegter, fast sämtlich einstimmig, wieder bezw. neugewählt. Beim letzten Punkt hatten es die Kartellbelegten übernommen, sich gegenseitig als Splitterrichter zu zeigen, wodurch die Harmonie in der Versammlung etwas gestört wurde. Nachdem noch von verschiedenen Kollegen aufgefördert wurde, trenn und fest zur Sache zu halten, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf den Steinarbeiterverband die Versammlung.

Bremen. Die am 20. Februar stattgefundene Branchenversammlung der Steinmehrer beschäftigte sich hauptsächlich mit der Firma Fiedmann u. Co. Es sollen dort sogenannte Nummersteine angefertigt werden. Bezahlt sollte werden 85 Pfg. Es kommt Oberflächener Stein in Frage. Laut hiesigem Tarif werden derartige Arbeiten, welche unter 1 Mark betragen, im Tagelohn ausgeführt. Es haben dadurch mehrere Kollegen aus freiem Willen Schluß gemacht. Nach sachlicher Debatte wurde ein Antrag angenommen, dahingehend, daß die Schiedskommission nochmals, natürlich so schnell wie möglich, verhandeln soll. Weitere Beschlüsse wird die darauffolgende Versammlung fassen.

Essen. In Anbetracht, daß wir unsere Versammlung probeweise in dem neuen Lokal abhielten, war dieselbe sehr schlecht besucht. Dieses war um so verwunderlicher, da eine Abstimmung stattfinden sollte, ob wir dieses Lokal für die Folge weiter für unsere Zwecke gebrauchen würden. Da wäre es eigentlich an der Zeit gewesen für die Kollegen des Nordbezirks, ihre Stimme in dieser entscheidenden Versammlung zur Geltung zu bringen. Dieses wäre vernünftiger gewesen, als der Versammlung demonstrativ fernzubleiben mit der lauen Motivierung, das Lokal ist uns zu weit, dort kommen wir überhaupt nicht hin. Wenn wir dagegen bedenken, daß die Kollegen des Südbezirks jahrelang den weiten Weg nach der inneren Stadt machen mußten, so ist es nicht mehr wie recht und billig, diesen Kollegen etwas entgegenzukommen. Da in der letzten Versammlung die beiden Revisoren Umstände halber nicht anwesend waren, war die Neuwahl des Kassierers verschoben worden. Nach Konstatierung, daß die Kassengeschäfte in bester Ordnung waren, wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Die Wahl des Kassierers fiel wieder auf den Kollegen P. Büßle. Der nun zur Tagesordnung stehende Antrag auf Gewährung einer Unterstützung an zwei schon längere Zeit arbeitslose Kollegen zeitigte eine interessante Debatte von tief einschneidender sozialer Bedeutung. Die Krise hat eine Arbeitslosigkeit zur Folge gehabt, wie wir sie bis jetzt noch nicht zu verzeichnen hatten. Alle in der Versammlung anwesenden Kollegen waren sich einig, daß solange in unserem Verband die Erwerbslosenunterstützung nicht eingeführt ist, wir die Selbsthilfe in der Zahlstelle ergreifen müssen. Es wurde eine Kommission von 4 Kollegen gewählt, die unverzüglich eine Grundfrage ausarbeiten soll, welche einer späteren Versammlung zur weiteren Beratung in dieser so wichtigen Angelegenheit dienen kann. Wir erziehen noch alle Kollegen, die flehentlich Sonderinteressen bestreben zu werfen, dann werden wir auch in stande sein, die größten Schwierigkeiten zu überwinden.

Gamelspringe. Wie uns berichtet wird, kauft die Firma Chr. Mensing-Bredend in Miltenberger Bezirk eine Anzahl Steinhauer. Um die Kollegen vor späterer Entlassung zu bewahren, sei daran erinnert, daß der Streik bei der Firma Chr. Mensing deshalb ausbrach, weil den dort beschäftigten Kollegen 25 bis 50 Prozent weniger für die Arbeit bezahlt wurde als im benachbarten Essen und Springe, wo feste Tarife bestehen. Auch die bei Mensing beschäftigten bayrischen und italienischen Kollegen verlangten tarifmäßige Bezahlung, um dem wilden Akkordsystem ein Ende zu machen. Mensing hat sich aber bis dato geweigert, sich in Unterhandlungen einzulassen. Er will nach wie vor die Preise nach seinem Gutdünken bestimmen; und er kalkuliert auch dementsprechend, wie das z. B. bei der Submission am Bahnhofsbanbau in Hannover zu sehen ist. Hier wurden u. a. für 350 Kubikmeter Arbeit folgende Preise abgegeben:

Gehr. Zebler ab Station	46 485.92	Mk.
Leipold	37 701.66	"
Wellhausen	30 496.52	"
Seb	28 098.89	"
Mensing frei Baustelle	24 591.59	"

Während also Gehr. Zebler den Kubikmeter mit 132 Mark berechnet, will Mensing die Arbeit schon für 70 Mark machen, und dabei noch franzo Baustelle, wobei die Fracht zirka 8 Prozent ausmacht. Daß dabei die Firma Mensing auf den üblichen Profit verzichtet, ist nicht anzunehmen, vielmehr glaubt sie durch Zahlung niedriger Löhne jede Konkurrenz aus dem Feld zu schlagen. Die Firma Mensing braucht also billige und willige Arbeiter. Wir ersuchen die Leitungen der Zahlstellen im Matmtal, den Kollegen den Tatbestand klarzumachen.

Gemsbach. Eine große Gefahr scheint das Unternehmertum in dem Wachen unreser Verband zu erblicken. So wurde hier nicht nur unser Vertrauensmann gemahregelt, sondern auch in den Porphyrwerken in Weinheim und Schriesheim traf verschiedene italienische Kollegen dasselbe Los. In Weinheim mußten vor kurzem drei Kollegen plötzlich den Betrieb verlassen, ohne daß ihnen erklärt wurde weshalb. Dieselben erblickten darin eine Maßregelung wegen ihrer Zugehörigkeit zum Steinarbeiterverband. Daraufhin wurde Kollege Weidenhammer bei dem Direktor Herrn Wilhelm in Weinheim vorstellig. Derselbe schickte nun die wohlbekannte Adresse: also Arbeitsmangel vor. Ferner erklärte er unsern Vertrauensmann noch, daß er im ganzen 20 Mann entlassen müsse. Er gab W. das Versprechen, daß die Entlassung nichts mit dem Beitritt der dortigen Arbeiter zum Steinarbeiterverband zu tun hätte. Von unserer Seite aus konnten auf diese Erklärung hin vorläufig keine weiteren Schritte unternommen werden. Wir mußten abwarten, wer am nächsten Sonntag wieder an die Reihe kam. In diesem Zeitraum wurden die nun noch in dem Betrieb beschäftigten Kollegen ängstlich und erklärten den dortigen Verführern, daß sie aus dem Verband ausgetreten seien. Jetzt war natürlich keine Spur von Arbeitsmangel mehr vorhanden. Die Hauptsache war, daß der Steinarbeiterverband wieder ausgetrotet war. Zugleich unterließ es aber die Geschäftsführung nicht, das nahe liegende Porphyrwert Edelweiß in Schriesheim auch auf die Gefahr aufmerksam zu machen. Die drei Arbeit suchenden Kollegen mußten also dort wieder unberichteter Sache abgehen, denn ihre Namen prangten schon auf der schwarzen Liste. Aber mit dem begnügten sich diese Herren noch nicht, auch der schon dort beschäftigte Kollege Pantiferi mußte unschädlich gemacht werden. Deshalb mußte auch er seine Entlassung erhalten, welches auch alsbald ohne jeglichen Grund geschah. Auf seine Anfrage, warum er eigentlich entlassen wurde, erhielt er von dem dortigen Werkführer Blöhm nach längerem Zögern die Antwort, weil er Sonntags immer in andern Orten Nebenhalte. Dieser Herr wollte unsern Kollegen noch eine besondere Bezahlung geben und erklärte ihm, daß er sein Geld noch

nützlicher anlegen könnte als wie bei der Organisation. Diesem Herrn möchten wir raten, seine Weisheit für sich zu behalten, denn auch wir machen ihm keine Vorschriften, wo er sein überiges Geld anlegen soll. Aus all diesen Vorgängen können wir deutlich sehen, daß das Unternehmertum nicht in seiner Ruhe gestört sein will. Darum ist es Pflicht eines jeden Kollegen, der seine Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessern will, daß er dem Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands beiträgt; ferner ist es auch Pflicht eines jeden Kollegen, daß er tüchtig für seine Organisation agitiert, denn nur dadurch ist es uns möglich, die Macht des Kapitalismus zu brechen.

Kamenz. Am 13. Februar fand im Gasthof zur Eisenbahn in Wiesa die erste öffentliche, gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Das Referat hielt Kollege Julius Jahn-Dresden. In der ganzen Umgegend haben wir Kohreubzierungen zu konstatieren. Die Firma Karl Sparmann u. Co. hat bis jetzt die größten Verschlechterungen durchgeführt. Ferner weist er auf den Unternehmerverband hin, welchen sich unsere Kollegen zum Muster nehmen möchten. Viele setzen lieber ihr Geld in Alkohol um, als dem Verbanne beizutreten. Die Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall ausgezeichnet. Als zweiter Redner sprach Genosse Franz Müller-Kadeberg, welcher schon früher einmal im hiesigen Kreise gewirkt hat. Er brachte lebhaft in Erinnerung, was hier schon für Anstrengungen gemacht worden sind, den Verband der Steinarbeiter in die Höhe zu bringen, und welche Gleichgültigen trotzdem noch zu finden sind. Jahn nahm nun das Schlußwort. Er besprach nochmals verschiedene Vorgänge im hiesigen Granitgebiet. Seine Darstellung war streng logisch und wissenschaftlich. Die markanten, tief zu Herzen gehenden Worte verfielen auch ihren Zweck nicht: wir konnten verschiedene Neuaufnahmen machen. Es ist selbstredend, daß wir unsern Vereinswirt in Zukunft unterstützen müssen. Wir hoffen, daß die nächsten Versammlungen auch so zahlreich besucht sind.

Kiel. Am 2. Februar tagte im Gewerkschaftshaus unsere regelmäßige Monatsversammlung; dieselbe war leider nur mäßig besucht. Zwei Kollegen hatten sich angemeldet und wurden beide ausgenommen. Ferner wurde beschlossen, einen Schrank für die Zahlstelle anzuschaffen, da sich das Material bei der Ortsverwaltung immer mehr anhäuft. Eine lebhaft Debatt entstand über die Entlassung eines Kollegen bei der Firma De Bernardi u. Lohja. Die Firma entließ einen Kollegen angeblich wegen Arbeitsmangels, obgleich am Tage darauf in der bürgerlichen Zeitung und vom Arbeitsnachweis Steinmehrer für die Firma gesucht wurden. Auf sofortiges Nachfragen um Arbeit seitens des Entlassenen wurde ihm mitgeteilt, daß alle Plätze besetzt seien. Man sieht daraus, daß die Firma unsere Verbandsmitglieder ohne weiteres auf die Straße setzt; wir wissen, was wir in Zukunft von derselben zu halten haben. Ferner wurde noch eine Erklärung der Kieler Meister aus den neuesten Nachrichten bekannt gegeben, die gegen den hiesigen Pastor Harder gerichtet ist. Aus derselben geht hervor, daß derselbe für die Wiesbadener Gesellschaft für bildende Kunst Vertreter ist. Von den Kollegen wurde bezweifelt, daß im theologischen Seminar auch Fachkenntnisse der Steinindustrie studiert werden können.

Reichenbach (Obertal). Der Streik bei der Deutschen Steinindustrie dauert weiter. Herr Römer rechnet auf Arbeitswillige. Seine Methode, wie er Steinmehrer anwerben will, haben wir ja schon früher an dieser Stelle eingehend beleuchtet. Heute wollen wir die Mißstände beleuchten, die in den Werkstätten herrschen. Die Werkstätten sehen ja von außen ganz famos aus. Setzt in das Innere derselben: Alle 4-5 Wochen wird einmal geräumt, so daß der Schutt oft 30 Zentimeter hoch liegt. Abfallstücke liegen in genügender Menge herum. Die Staubentwicklung ist ebenfalls sehr stark. Und in diesen Werkstätten fehlt auch noch das Trinkwasser. Es ist sogar schon vorgekommen, daß dem Arbeiter Geld abgezogen wurde, weil er sich erlaubte, eine Flasche Bier zu trinken; trotzdem muß der Steinhauer in diesem Staub und Schmutz arbeiten. Hier wäre es an der Zeit, daß der Gewerbeinspektor einmal Umschau halten würde. Das Rohmaterial wird in solchem Zustande in die Werkstätten geliefert, daß der Steinmehrer erst den Dreher spielen muß, bevor er das Werkstück nur in Arbeit nehmen kann. Und nun zu der Bezahlung. Ist der Lohn tag da und der Arbeiter bekommt seinen Akkordzettel, so hat er erst immer eine Auseinandersetzung zu pflegen. Außerdem muß der Arbeiter noch die schönsten Hofnamen hinunterschleuden. Die Kollegen harren im Kampfe aus; der Sturzfall des Herrn Römer muß gebrochen werden. Daß die Obertalwälder Steinmehrer nach der Pfeife einiger Herren zu tanzen haben, diese Gemütslichkeit hat aufgehört.

Seebach. Mittwoch, den 17. Februar, fand hier eine äußerst schlecht besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung, Wahl eines Delegierten zur Gaukonferenz, wurde Kollege Napoleon Fischer gewählt. Der Kassierer gab dann die Quartalsabrechnung bekannt. Alles war in bester Ordnung. Die Platzkassierer beschwerten sich, daß viele Kollegen das Beitragszahlen vergessen. Weiter wurde gerügt, daß wieder einige Kollegen das Feierabendsignal „überhören“ und daher nachschufen, was doch ganz und gar nicht in der Ordnung ist. Pöffen wir, daß jetzt bei Eintritt einer besseren Jahreszeit die Kollegen ihrer Pflicht mehr nachkommen. Eine Schande muß es ja genannt werden, daß in Seebach die Unkollegialität noch eine so große ist. Die Verhältnisse der hiesigen Steinarbeiter sind so miserabel, daß, um diese zu beseitigen, alle Verbandsmitglieder der Zahlstelle ihren Mann stellen müssen.

Striegau. Die hiesigen Granitwerksbesitzer haben es für gut und richtig befunden, in einer Zeit, in der die Arbeiterschaft wieder zu neuen indirekten Steuern herangezogen werden soll und die Lebensmittelpreise und Wohnungsmieten enorm hohe sind, ihren Arbeitern ab 1. April d. J. den Lohn zu reduzieren. Sie haben deshalb den wichtigsten Teil des Tarifs gekündigt, wahrscheinlich in dem Glauben, daß die gegenwärtige Zeit dazu angetan ist, ihre Nachgelüste stillen zu können. Am Dienstag, den 16. Februar, nahmen nun die Kollegen zu der Kündigung Stellung. Nachmittags gegen 4 Uhr verließen sie sämtlich ihre Arbeitsplätze und in kurzer Zeit füllte sich der große Saal nebst den Galerien des Pfist Bismard mit ungefähr 900 Steinarbeitern. Nachdem die Abrechnung vom vorigen Quartal verlesen und für richtig erklärt worden war, wurde das Kündigungsschreiben verlesen. Die Erbitterung unter den Kollegen, die man schon aus den Zwiegesprächen vor Beginn der Versammlung wahrnehmen konnte, machte sich in stürmischen Entwürfen Luft, als sie hörten, daß vom 1. April ab die 3 Prozent für Werkzeugstellung und die 2 Prozent für Schmiedeschärfe in Wegfall kommen sollen. Ja selbst die Adresse war eine höhnische. Kollege Daubenthaler gab in längerem Ausführungen ein Bild von der gegenwärtigen Lage im Wirtschaftsleben und kam, nachdem er auch auf die örtlichen Verhältnisse eingegangen war, zu dem Schluß, daß die hiesigen Unternehmer keinen stichhaltigen Grund anführen können, der sie eventuell zu der Kündigung gezwungen hätte. Hierauf kamen 24 Kollegen, die sich auf alle Vertriebe verteilten, zu Worte. In sachlicher Weise, aber mit scharfen, beißenden Worten kennzeichneten sie das Vorhaben der Unternehmer und betonten unter lebhaftem Beifall der Versammelten, daß sich dies die Kollegen auf keinen Fall gefallen lassen können. Die Versammlung kam einstimmig zu folgendem Beschluß: „Neben freier Werkzeugstellung haben die Unternehmer auch die Kosten der Schmiedeschärfe ganzlich zu tragen.“ Die Lohnkommission wurde beauftragt, hies den Unternehmern zu unterbreiten. Zum Vorsitzenden derselben wurde, weil Kollege Rieger zu einem andern Beruf übergetreten ist, Kollege Daubenthaler gewählt. Unter Ver-

schiedenes wurden wiederum Mißstände aus den Betrieben der Firma Rhoder zur Sprache gebracht. So befindet sich die Frühstücksstube im Rhoder Betriebe in einem unbefriediglichen Zustande; es wird dies der Gewerbeinspektion mitgeteilt werden. — Auch die Betriebskrankentassen wurden einer Kritik unterzogen und den Kollegen anheimgegeben, in allen Generalversammlungen die Auflösung dieser Kassen zu beantragen. Nach einem anfeuernden Schlußwort des Vorsitzenden wurde die imposante verlaufene Versammlung geschlossen.

Unfen. Am 7. Februar tagte im Gewerkschaftshaus zu Gameln unsere Generalversammlung. Der Besuch war schlecht. Nach Verlesung der Präzisenliste stellte sich heraus, daß fast ein Drittel der Mitglieder fehlte, vor allem waren es die Kollegen von Hardegg, die es überhaupt nicht für nötig halten, zu kommen. Zu Punkt 1 gab der Kassierer Schmeißer die Abrechnung vom 4. Quartal bekannt. Einnahme 1281.89 Mk., Ausgabe 569.85 Mk. Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab folgendes Bild: 1. Vorsitzender Fritz Meier, 2. Vorsitzender Adolf Schmidt, Kassierer Heinrich Schmeißer, Schriftführer Hermann Henke, Revisoren Fritz Meiner 1 und Karl Bruns. Die Raubheit der versammlungswänzenden Kollegen wurde scharf gerügt. Unsere Löhne fallen fortwährend. Die Unternehmer werden auffässiger, und trotz dieser Erscheinungen der schlechte Zusammenhalt unter den Kollegen. Wenn in Zukunft der Versammlungsbesuch nicht besser wird, dann muß gegen die Säumigen anders vorgegangen werden.

Zwillingenberg. Am 15. Februar fand im Gasthaus zur Bergstraße unsere Generalversammlung statt, welche sehr gut besucht war. Der Vorsitzende Prewedel gab einen kurzen Rückblick über seine Tätigkeit im vorigen Jahre. Der Kassierer Harant gab dann einen kurzen Bericht über die Kassenerhältnisse des ganzen Jahres. Die Geldverhältnisse haben sich zusehends gebessert. Es konnte bei der Sparkasse Zwillingenberg eine Einlage von 100 Mark gemacht werden. Revisor Brauneis gab bekannt, daß er Kasse und Bücher stets in musterzügiger Ordnung vorgefunden habe. Hierauf wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Bei der Vorstandswahl wurde als 1. Vorsitzender Johann Prewedel, als 2. Vorsitzender Peter Rindinger, als Kassierer Johann Harant und als Schriftführer Philipp Sieberling gewählt. Zu Revisoren wurden Eber Brauneis und Alois Reschauer gewählt. Zum Statistiker und „Steinarbeiter“-Verbretter wurde Kollege Aschenbrenner bestimmt. Hierauf traten vier Kollegen dem Verbanne bei. Beim Punkt Verschiedenes wurde Aschenbrenner aufgefordert, die Statistiken der Mitglieder bei jeder Lohnzahlung zu revidieren, um auch in unserer Zahlstelle ein brauchbares Material zu erhalten. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen, fleißig zu agitieren.

Abrechnung der Zentralkommission für Bauarbeiterbuch.

Die Abrechnung umfaßt die Zeit vom 1. Januar 1908 bis 31. Dezember 1908.

Einnahme.

Kassenbestand vom Jahre 1907	282.68	Mk.
Vom Zentralvorstand der Bauarbeiter für Beiträge	1412.96	"
" " " " " "	80.—	"
" " " " " " Bericht 1907	15.10	"
" " " " " " Beiträge	115.88	"
" " " " " " "	100.06	"
" " " " " " "	140.—	"
" " " " " " "	782.52	"
" " " " " " "	8670.74	"
" " " " " " "	480.—	"
" " " " " " "	868.04	"
" " " " " " "	177.68	"
" " " " " " "	245.24	"
" " " " " " " Bericht 1907	113.26	"
" " " " " " " Beiträge	120.—	"
" " " " " " " "	1010.96	"
Für Literatur von Bauer, Stettin	—40	"
" " " " " " " "	1.20	"
" " " " " " " "	—45	"
" " " " " " " "	1.75	"
" " " " " " " "	5.20	"
" " " " " " " " Böttcher, Neustadt a. d. Orla	4.20	"
Summa	9008.32	Mk.

Ausgabe.

Post. 1. Für Gehalt des Sekretärs	2700.—	Mk.
2. " Hilfsarbeit im Bureau	43.20	"
3. " Beitrag an die Unterstützungsvereine	86.—	"
4. " Agitation u. Vertretung auf Konferenzen	496.20	"
5. " Drucksachen	4089.90	"
6. " Buchbinderarbeit	42.05	"
7. " Literatur und Zeitungsabonnement	186.21	"
8. " Schreibutensilien	18.40	"
9. " Porto und Bestellgeld	300.15	"
10. " Stempelschuldigung	63.75	"
11. " Bureauinventar und Reparaturen	28.65	"
12. " Bureaukosten	880.—	"
13. " Beitrag an die Gesellschaft für soziale Medizin	5.—	"
14. " Unkosten unserer Modelle	120.70	"
Kassenbestand für 1909	503.11	"
Summa	9008.32	"

Bilanz.

Einnahme	9008.32	Mk.
Ausgabe	8505.21	"
Bestand	503.11	Mk.

Hamburg, den 23. Januar 1909.
Otto Friedrich, Kassierer.
Revidiert und für richtig befunden:
Otto Franz, Gust. Mohnt, Revisoren.

Zur Baukontrolle.

Das bayrische Ministerium des Innern hatte vor kurzem Vertreter der bayrischen Baumeister und Bauarbeiter zu einer Sitzung eingeladen, in der sich diese Sachverständigen gütlich äußern sollten, nach welcher Richtung hin eine Reform der Vorschriften über den Schutz der auf Bauten beschäftigten Personen notwendig ist. Bei dieser Gelegenheit wurde nun u. a. auch angeregt, es möchten auch für die Bauten auf dem Lande Kontrolleure aus dem Arbeiterstande aufgestellt werden. Dagegen erhob aber der Vorsitzende der bayrischen Baugewerkschaftsgenossenschaft Einspruch. Er bemerkte, daß er die Kontrolle zwar als wünschenswert erachtete, doch seien zur Vornahme dieser Kontrolle neben der praktischen Vorbildung doch auch einige technische Kenntnisse notwendig. Daß dieser Einwand hinfällig ist, braucht nicht erst eingehend nachgewiesen zu werden. Es gibt ältere, erfahrene und intelligente Bauarbeiter gerade genug, die zur Baukontrolle geeignet sind. Was die Herren Unternehmer fürchten, ist, daß ihnen die aus dem Arbeiterstande hervorzuwachsenden Kontrolleure zu genau auf die Finger schauen, weil sie eben alle Schliche gewisser Baukünstler kennen. Was von dem Widerspruch des Architekten Voigt, München, zu halten ist, zeigt im übrigen die Tatsache, daß die bayrische Baugewerkschaft selbst einen Aufsichtsbeamten beschäftigt, der weder eine theoretische, noch eine praktische Vorbildung im Baugewerbe besitzt. Es ist das der Ober- und Aufsichtsbeamte Joseph Pagio. Dieser Herr war, wie die „Münchner Post“ meldet, früher Buchbinder oder Papierarbeiter, dann Trainunteroffizier und später Losschreiber in einem Lotteriede-

geschäfl. Bagio wurde im Jahre 1889 bei der Baugewerkschaftsgenossenschaft angehtelt und ist seit 1897 im Außendienst tätig. Er wird neuerdings sogar vielfach als Vorgesetzter und „Nachrevisor“ für andre Aufsichtsbeamten verwendet. So ist er z. B. im Winter 1905 zur Nachrevison nach Nürnberg und Kürnberg geschickt worden, um die Revisionsberichte des damaligen Aufsichtsbeamten für Mittelfranken, Ingenieur L. S., nachzuprüfen. Wenn die Berufsgeuossenschaft also selbst Leute ohne jede theoretische und praktische Vorbildung in so beborzugten Aufsichtsposten beschäftigt, wie es mit Bagio der Fall ist, so dürfte das Verhalten des Herrn Bagio bei der Besprechung im Ministerium des Innern richtig charakterisiert sein, wenn man es als Spiegelfechtere bezeichnet. Offenlich wird das Ministerium nicht darauf hineinfallen.

Rundschau.

31 Granitarbeiter auf der schwarzen Liste. Es wird uns geschrieben: Bei der Firma Sparmann u. Co. in Demitz-Lhumitz bestehen Vohndifferenzen. 31 Kollegen haben nun die Kündigung eingereicht. Die Betroffenen wurden sofort auf die schwarze Liste gesetzt. Die Steinbruchbesitzer der Lausitz werden gewarnt, von den Kennzeichnungen ja keinen einzustellen. Hoffentlich gehen nun den übrigen Sparmannschen Arbeitern die Augen auf und wissen sie die soziale Einsicht der Firma damit einzuschätzen, daß sie massenweise unserm Verbands beitreten.

Mehr als 100 000 Arbeitslose in Berlin! Die von der Partei und Gewerkschaften veranstaltete Arbeitslosenzählung vom 13. und 14. Februar ergab als Resultat die kolossale Ziffer von 101 300 Arbeitslosen. Im November des vorigen Jahres wurden bei der amtlichen Zählung nicht mehr als 40 000 Arbeitslose gezählt. Jedoch verbietet die jetzt vorgenommene Zählung der Partei und Gewerkschaften weit größeres Vertrauen, weil sie nach dem System der Hauslisten und nicht wie die amtliche Zählung nach dem System der Meldung an einer Zählstelle vorgenommen wurde. — Dieses furchtbare Ergebnis der Zählung aber ist geradezu eine Katastrophe der kapitalistischen Ordnung, eine entsetzliche Anklage gegen den Wahnsinn einer Gesellschaft, die nicht einmal allen die Arbeit ermöglicht!

Die Arbeitslosigkeit im Bildhauerberuf bezeichnet das Organ des Bildhauerverbands als dauernde Berufskrise, die es erheische, daß nicht nur jeder Zufluß von Arbeitskräften durch das Ausbilden von Lehrlingen unterbleibt, sondern daß auch von der Gehilfenschaft so viel wie möglich versucht wird, in andern Berufen ein Unterkommen zu finden. Die Vereinfachung des bildhauerischen Schmucks durch den sogenannten Jugendstil macht eine Menge Arbeitskräfte überflüssig, so daß ungefähr in den letzten fünf Jahren auf je 100 organisierte Bildhauer ca. 50 arbeitslose Berufsgeuossen entfielen. Im Jahre 1908 stieg diese Prozentziffer sogar auf 66, womit wohl der höchste Stand der Arbeitslosigkeit erreicht ist.

Agitation unter den Steinmetzmeistern. Vor einigen Tagen fanden sich Steinmetzmeister aus der Rheinpfalz sowie aus dem Main- und Eifelgebiet in Köln a. Rh. zusammen, um einen Vortrag des Baumeisterverbandesekretärs Querbach entgegenzunehmen. Der Herr stellte einige Leitfäden auf, wie die Steinmetzmeister am ehesten für die Verbandsfrage zu gewinnen wären. Querbach meinte, die „übermäßigen Forderungen der Arbeiter“ müßten entschieden bekämpft werden. Und so ging es in seinem Speech weiter. Andre Redner sprachen sich in ähnlichem Sinne aus: man lege die Betonung auf die Bekämpfung der Arbeiterorganisation. Man beschloß schließlich, einen Verband für das Rheinland gesondert zu gründen; die Pfalz und das Raingebiet sollen das nämliche für ihr Gebiet tun.

Unsre Kollegen werden sich diese Gründung merken müssen.

Wie das Ruchellalkmaterial gesucht wird! In Hardheim (Baden) wurde kürzlich ein Steinbruchgelände verkauft. Das Ar wurde bisher mit 60—70 Mk. bezahlt. Zwei Unternehmer überboten sich aber und so erhielt der Landwirt R. pro Ar 100 Mk. Es wurden ihm 18 000 Mk. für sein Ackerland ausbezahlt. — Mehr Lohn wollen die Unternehmer den Arbeitern aber nicht bezahlen.

Große Pflastersteinlieferungen. Die Stadt Breslau hat im diesjährigen Etat den Posten von 436 000 Mark für Pflastersteinlieferungen vorgesehen. Die schlesischen Granitarbeiter können also damit rechnen, daß für sie Beschäftigung in Hülle und Fülle vorhanden sein wird. Bei der Lieferung kommt gewöhnlich das Material der Unternehmer in Striegau, Eschiruth, Etrehlen und Ströbel in Frage.

Pflasterstein-Normalien. Seit dem 1. Januar benötigen die schweizerischen Städte Aarau, Basel, Bern, Luzern, Schaffhausen, St. Gallen und Winterthur einheitliche Pflastersteinarten. Für die Unternehmer ist das insoweit gut, indem auch auf Vorrat gearbeitet werden kann.

Eine Gewerbegerichtsentscheidung von großer Tragweite fällt das Gewerbegericht Mülhausen i. E. Ende vergangener Woche. Es verurteilte auf die Klage einiger Arbeiter die Maschinenbauwerkstätte „Ducmann“ (Aktiengesellschaft) zur Zahlung des Lohnes für vier Arbeitstage zwischen Weihnachten und Neujahr, an denen die Firma die Fabrik geschlossen hatte, ohne daß sie dies rechtzeitig bei der verordneten Lohnzahlung dem Personal angekündigt hätte. Wenn, wie dies voraussichtlich geschieht, nun das ganze Personal den ihm zustehenden Lohn fordert, so bedeutet dies für die Firma eine Ausgabe von rund 6000 Mk. Die Entscheidung erfolgte nach Erstattung eines Sachverständigengutachtens, durch welches der Einwand der Firma, daß die Reparatur der drei Dampfmaschinen im Betriebe die Arbeitseinstellung plöblich nötig gemacht habe, widerlegt wurde. Nach dem Gutachten erforderte diese Reparatur höchstens 2 Tage. Die Firma hatte den Betrieb aber gleich für 6 Tage stillgelegt — für die überschüssigen 4 Tage muß sie jetzt Lohn zahlen. Vor einigen Jahren fällt das Gewerbegericht gegen eine Spinnererei in Mülhausen eine ganz ähnliche Entscheidung, was dieser Firma ebenfalls eine hohe Ausgabe verursachte, ohne daß „die Herren im Hause“ davon gelernt hätten.

Preisauschreiben zur Erlangung von Entwürfen für ein Verbandsplakat des Steinseherverbandes. Das Plakat darf über die Maße 65 + 50 Zentimeter nicht hinausgehen. Es sind Preise von 100, 60 und 40 Mk. ausgesetzt. Die Entwürfe müssen bis zum 28. März 1909 an den Geuossen Knoll, Berlin NW. 21, Wicelstraße 16, eingefandt sein. Derselbe erteilt auch noch über alles weitere Auskunft.

Daß deine linke Hand nicht wissen was die rechte tut. Bei der Unterrichtungsauszahlung an die Hinterbliebenen der beim Rabbodunglüd Getöteten zeigt sich wieder einmal die bürgerlich-drückliche Nächstenliebe und Gerechtigkeit im schönsten Lichte. Die Sammlungen und die Unterstützungszahlungen werden nach eigenem Gutdünken des Komitees verwaltet und vorgenommen, keineswegs aber im Sinne der Gelogeber. Die zu Unterstützenden müssen immer erst durch Prolesterfassungen etwas herausholen. So hat jetzt wieder eine von 1000 Personen besuchte Versammlung in Hamm gegen die Verzögerung der Auszahlung von Unterstützung protestiert. Am der Versammlung nahmen auch viele Witwen verunglückter Bergleute teil. Die Versammlung sandte ein Telegramm an den Kronprinzen, er möge die Auszahlung der Gelder veranlassen.

Eine seine Erholungsstätte für die Arbeiter. Aus Bochum wird berichtet: Von den 110 Patienten der Lungenheilstätte in

Beringhausen haben am Sonntag 78 die Lungenheilstätte verlassen, weil ihnen von jetzt ab nur 20 Gramm Butter pro Tag gegeben werden sollte, während sie früher nach Bedarf bekamen. — Ein Vorkellamerden beim Chefarzt hatte nur den Erfolg, daß ihnen 25 Gramm versprochen wurden.

Der Umsatz der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine im Jahre 1908. Der Gesamtumsatz, den die Großeinkaufsgesellschaft erzielte, betrug:

im Jahre 1908	65 778 277,08 Mk.
im Jahre 1907	59 866 220,04 Mk.
also mehr 1908	5 912 056,99 Mk.

Die Umsatzsteigerung beträgt 9,9 Prozent, eine Steigerung, die angesichts der wirtschaftlichen Krise als befriedigend bezeichnet werden muß. In dem gleichen Jahre 1908 verzeichnete die schottische Großeinkaufsgesellschaft einen geringen Rückgang ihrer Umsätze, und die englische Großeinkaufsgesellschaft vermochte ihre Umsätze nur um 9 800 000 Mk. oder 2,1 Prozent zu steigern.

Ueber die Frequenz der Anterheitsbibliotheken macht das Jahrbuch der deutschen Universitätsbibliotheken für das Jahr 1909 folgende Angaben hinsichtlich des Verhältnisses der Bändezahl zu ihrer Benutzung im letzten Geschäftsjahre:

	Besitzszettel	Bändezahl	Prozentsatz Besitzszettel
Berlin	116 144	208 350	55,7
Münster	54 092	164 824	32,8
Halle	59 127	255 600	23,1
Breslau	79 387	346 400	22,9
Greifswald	42 354	195 705	21,6
Bonn	67 025	325 000	20,6
Marburg	41 100	224 000	18,3
Göttingen	86 765	543 410	15,9
Königsberg	42 569	282 865	15,0
Kiel	20 018	272 572	7,3

Bei weitem am günstigsten ist also das Verhältnis zwischen Bücherbestand und -entleihungen in Berlin, sodann in Münster, am ungünstigsten in Königsberg und in Kiel.

Der Tunnel unter der Elbe. Hamburg wird bekanntlich in Deutschland den ersten Tunnel unter einem großen Strome erhalten. Seit nunmehr zwei Jahren wird an dem Tunnel unter der Elbe gearbeitet, der von St. Pauli nach Steinwärder hinüberführt, um den auf Steinwärder beschäftigten Arbeitern das Erreichen ihrer Arbeitsstätte zu erleichtern. Der Tunnel soll im Februar 1911 fertiggestellt sein, und ist anzunehmen, daß, wenn nicht unerwartete Schwierigkeiten eintreten, dieser Termin eingehalten werden wird. Denn bisher sind die Arbeiten programmäßig verlaufen. Die erste Bauperiode ist jetzt beendet. Diese umfaßt die Abteufung des 22 Meter weiten und 28 Meter tiefen Fahrhutes auf Steinwärder und den Einbau der 1/4 Meter starken Betonsohle. Diese Arbeiten wurden bei stark komprimierter Luft vorgenommen, um das Wasser aus dem nach unten in der Art einer Taucherglocke geöffneten, sonst aber überall geschlossenen Arbeitsraum zu verdrängen. Trotz der genauesten eBfolgung aller erdenklichen und bekannten Vorsichtsmaßregeln erfolgten doch zahlreiche Erkrankungen der Arbeiter und Ingenieure sowie des Aufsichtspersonals an den Wirkungen der Preßluft, der sogenannten Caiffon-Krankheit; auch ein Todesfall erfolgte. Nunmehr beginnt der zweite und schwierigste Bauabschnitt, nämlich der eigentliche Tunnelvortrieb, d. h. die Untertunnelung der Elbe und gleichzeitige Einführung der beiden einen äußeren Durchmesser von 6 Meter aufweisenden und mit gebogenen Profilen umkleideten Tunnelrohre. Zu diesem Zweck sind besonders konstruierte Bohrschilde angefertigt worden, in deren Schutz der Vortrieb erfolgt. Diese Schilde wiegen je 120 000 Kilogramm und sind mit großer Schwierigkeit an Ort und Stelle gebracht worden. Auf jeder Seite der Elbe wird ein Schild heruntergelassen. Der Vortrieb, bei dem 260 Arbeiter beschäftigt werden, erfolgt durch 16 hydraulische Pressen, die am letzten Eifenring des Tunnelrechts ihr Widerlager finden, mit 450 Atmosphären oder etwa 2 300 000 Kilogramm Druck. Die Bauleitung hofft, mit dem Vortrieb an jedem Tage etwa 80 Meter vorwärts zu kommen.

Im Steinbruch verunglückt. Aus Biechtach (Niederbayern) wird gemeldet: In dem zum Quarzwerke Altendörsberg gehörigen Steinbruch zu Moosbach war der ledige Steinarbeiter Alois Schollerer von Krailing mit Abräumungsarbeiten beschäftigt, als ein circa 8 Zentner schwerer Steinblock ins Rollen geriet und Schollerer mit sich riß. Der Stein ging über ihn hinweg und verletzte ihn derart, daß er nach einigen Stunden starb.

An die Zahlstellenvorstände im 7. Gau (Köln).

Am Sonntag, den 14., und Montag, den 15. März, findet in Dortmund, im Saale des Restaurants Söhne, I. Kampstraße, die diesjährige

Gaukonferenz

statt. Beginn 2 Uhr nachmittags.

Tagesordnung: 1. Bericht des Gauleiters über die Agitation im Gau und Rückblick auf die Lohnbewegungen. 2. Diskussion. 3. Die Durchführung der Bundesratsverordnung. 4. Kassenbericht über die Gaubeiträge und Verwendung derselben.

Die Vorstände der Zahlstellen werden ersucht, die Wahl der Delegierten baldigst vorzunehmen. Die Kosten der Delegation sind aus der Ortskasse zu bezahlen. Den neugegründeten Zahlstellen sowie den weit entfernten wird ein Zuschuß gewährt. Die Delegierten haben ihr Verbandsbuch oder ihre Interimskarte nebst Statistik und das Kassenbuch der Zahlstelle mitzubringen. Die Abholung der Delegierten erfolgt am Hauptbahnhof Dortmund. Eventuelle Anträge sowie die Namen der gewählten Delegierten sind mir bis 10. März mitzuteilen.

Mit kollegialem Gruß
Adolf Hermann, Köln, Lrierer Straße 6.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Ablina. Dem Steinmetzen Ulrich Imhof, geboren den 15. Juli 1855 in Romanshorn, ist keine neue Interimskarte auszustellen, da er seine Interimskarte in größter Unordnung hier zurückgelassen hat. Die Ortsverwaltung.

Berlin II. Alle Kollegen, welche am 1. April ihre Wohnung wechseln, müssen ihre alte und neue Adresse bis spätestens Mittwoch, den 3. März, an Unterzeichneten eingereicht haben. Später eingehende Adressen können nicht mehr berücksichtigt werden. Kollegen, welche den Steinarbeiter trotz Angabe der Adresse bisher nicht ermitteln, müssen dieses ebenfalls dem Unterzeichneten mit genauer Adressenangabe mitteilen.

Willy Domann, Berlin N. 58, Sältemannstr. 28, Stfl. III.
Bremen. Die um Arbeit zureichenden Kollegen haben sich zuerst beim Vorstehen, Kollegen R. Wagenknecht, zu melden.

Adressen-Änderungen.

Brandenburg a. S. Vori. und Kass.: Ernst Schneiderei, Werderstr. 22. II. Reiseunterstützung wird ausgezahlt bei Job. Müller, Vereinsstraße 1, pt., von 12—1 Uhr und von 6—8 Uhr abends. E. Schneiderei.

Coblenz. Vori.: Franz Bartel, Schwergstraße 5.
Schwannsdorf. Vori.: August Grub.

Serfsdorf (Niesengebirge). Vori.: Heinrich Borhs in Schreiberhau. Kass.: August Liebig, Petersdorf Nr. 127.

Reichenbach (Odenwald). Kass.: Ludwig Bernhardt, Felsenbergstraße. (Hausnummer angeben. Redaktion.)

Stettin. Meine Wohnung befindet sich Schinkelstraße 3, III. Die Reiseunterstützung wird auf Platz 1 e d m a n n ausbezahlt. Paul Schafe, Kassierer.

Witten. Kass.: Karl DeLvo, Crengelbangstraße 47.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 7. bis mit 20. Februar.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inzerate, X. = Extrasteuer.)

Abatville, B. 4.88; Bitterfeld, B. 2.80; Frankfurt a. M., Ins. 2.45; Einbeck (Laußke), Ins. 2.80; Schmaltalben, B. 52.44; Gelnhausen, 9.—; Berlin I, B. 575.— K. 200.—, M. 10.—, X 25.—; Ebersbach, B. 42.05, K. 3.90; Kalteneck, B. 25.62, E. 6.50; K. 2.20; Dömitz, B. 4.20; Wilsen, B. 4.—; Dibernhau, B. 15.95; Coesfeld, B. 2.60; Bensheim, B. 31.50, K. 3.20; Derdingen, B. 76.—; Glienkirchen, B. 20.25, K. 0.35; Ludwigshafen, B. 84.—, K. 14.—, X. 2.—; Rüders, B. 39.10, K. 5.90; Raitenbauer, B. 92.—; Oberwarzbrunn, Ab. 3.20; Leipzig (Schaaf), K. 0.50; Konig, B. 3.30; Hall, B. 9.66, K. 1.70; Kiel, B. 125.58, K. 10.—; Treuchtlingen, B. 59.80, K. 2.90; Selb, K. 20.—; Reichenbach (Odenwald), B. 478.80, K. 21.70; München, B. 92.—, K. 4.—; Meifen I, B. 368.—, K. 20.—; Kirchheim, B. 260.82, E. 6.50, K. 7.80; Göttingen, B. 10.50, K. 0.75; Munkirchen, B. 76.—; K. 4.—; Arnstadt, B. 6.—; Bromberg, B. 1.05.

Ludwig Geiß, Kassierer.

Briefkasten.

D. Tr. Die Klage erscheint nach der uns gemachten Darlegung als aussichtslos. § 275 des B. G. B. lautet: Der Schuldner wird von der Verpflichtung zur Leistung frei, soweit die Leistung infolge eines nach der Entziehung des Schuldverhältnisses eintretenden Umstandes, den er nicht zu vertreten hat, unmöglich wird. — D. Macho doch der Gauleitung Mitteilung. — D., Bergstraße. Wird gelegentlich verwendet. Besten Gruß. — Hamburg, A. Der schwarze schwebische Granit ist teuer. Der Kubikmeter im hofierten Zustand kostet etwa 280—300 Mk. Lieferanten geben wir nicht an. — Danzig. Sende die Berufungsschrift an den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Robert Schmidt, Berlin, Engelauer, Gewerkschaftshaus. Dieser wird Deine Sache vor dem Reichsversicherungsamt gründlich und kostenlos vertreten. Besten Gruß.

Die Beilage der nächsten Nummer wird das Adressenverzeichnis enthalten. Eventuelle Änderungen sind uns sofort mitzuteilen.

Kollegen! Agitiert für eure Organisation!

Anzeigen.

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitnehmenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)



Albert Baumann
Werkzeugfabrik und Hartwerk
Aue (Erzgeb.)
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende
gratis.
Lieferung sofort!

Spezialhaus für Berufskleidung

— Eigene Anfertigung —
Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen.
Zackts, Gosen
Emil Keidel, Hamburg 6
Bartelsstraße 101.

Tüchtiger Poliseur

der auf Rundscheifpoliermaschinen eingearbeitet ist, wird sofort gesucht.

Wilhelm Quensell, Essen a. Ruhr

Altenfesterstraße 3—7.

Leopold Herzlich

wo bist Du? Es sucht Dich
Rübezahl, Elmshorn, Flammweg 39.

Leipziger Rudolf

wo bist Du? Dein Bruder Anton
Leipzig-Gohlis, Schillerweg 29, II.

Gestorben.

In Pirna am 11. Februar der Kollege **Anton Jannaschke**, 40 Jahre alt, an der Berufskrankheit. — Obendalbst am 18. Februar der Kollege **Gerhard Knobloch**, 47 Jahre alt, an einem Magenleiden.

Ehre ihrem Andenken!

Verdächtigend sei bemerkt, daß der verstorbene Kollege **Max Hoffmann** (siehe Anzeige in Nummer 8 unter Berlin) nicht freiwillig aus dem Leben schied, sondern erschossen wurde.

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 9.

Sonnabend, den 27. Februar 1909.

13. Jahrgang

Nochmals der Umschwung in der Grabmalerei.

Aus einer größeren Zahlstelle des Fichtelgebirges ging uns nachstehender Brief zu:

Werte Redaktion!

Der Artikel: Grabmalerei (siehe Nr. 4) hat unter den hiesigen Schleifern recht böses Blut verursacht. Zuerst mußte man meinen, der Artikel sei von einem Unternehmer verfaßt, aber leider ist unser Redakteur selbst der Verfasser, wie das aus dem Schluppassus deutlich hervorgeht. Die Redaktion begrüßt den Umschwung, weil der Steinmetz mehr Arbeit in Zukunft erhält. Warum bekümmert man sich aber nicht um die Schleifer, die dann arbeitslos werden? Die Redaktion scheint es nicht für notwendig zu erachten, auch diesen Gesichtspunkt mit zu erörtern. Ob das Material gekostet bleibt oder geschliffen wird, ist für den Steinmetzen egal, nicht aber für den Schleifer. Die Schleifer sind der Meinung, daß ihre Interessen nicht so nachhaltig vertreten werden, wie die der Steinhauer. Hoffentlich äußert sich die Redaktion zu der von uns getanen Anregung. Mit bestem Gruß

Folgen die Unterschriften.

Die Redaktion kommt natürlich dem Wunsche der Eingekommenen sehr gern nach, um zu dem Thema: Umschwung in der Grabmalerei, nochmals Stellung zu nehmen.

Auf was nahm der Artikel überhaupt Bezug? — Es wurde geschildert, wie fabrikmäßig die Denkmäler hergestellt werden, wie verjüngelt so oft die Architektur zur Anwendung kommt und wie immer wieder bloß nach den Katalogen, ganz schematisch produziert wird. Und weiter wurde betont, daß hervorragende deutsche Künstler gegen diese Verfallhornisierung ganz entschieden Stellung nehmen und mit ihrem Eingreifen auch schon Erfolge aufzuweisen können. — Wir haben also nichts getan, als wie Tatsachen konstatiert, diese summarisch aneinandergerichtet, und dementsprechende Schlussfolgerungen gezogen. Daß damit die Interessen unserer Freunde in der Schleiferbranche auch nur um ein Zota geschädigt sein sollen, glauben wir f. u. m. Weil wir aber niemals rechtshaberisch waren, so sei ausdrücklich betont, daß uns bei Abfassung des Artikels in Nr. 4 nicht im entferntesten in den Sinn kam, eine animöse Stellung gegen die Schleifer einzunehmen. Hoffentlich billigt man der Redaktion, als sie die Frage anschnitt, die gute Absicht zu. Doch ohne Umstände zur Sache.

Fragen wir zuerst, warum hat sich in Deutschland die Denkmalindustrie so überaus günstig entwickelt? Zu keinem andern Lande wird so viel Hartsteinmaterial zu Denkmälern verarbeitet, wie bei uns. Wir möchten folgendes als Antwort geben. Es war der vor etlichen Jahren verstorbene Steinmetzmeister Grimm aus Schwarzenbach (Fichtelgebirge), der schon um das Jahr 1860 mit gutem Erfolge die einheimischen Speinit- und Granitorten schleifen und polieren ließ. Die Bearbeitungsmethode natürlicher Gesteine bot somit wieder etwas Neues. Das Schleifen mit der Hand war aber sehr kostspielig. Die Gelenkschleifmaschine wurde erfunden und dadurch konnte das Hartgestein mit Leichtigkeit geschliffen und poliert werden. Die spiegelblanken Flächen der Granite hatten einen gewissen Anreiz auf das laufende Publikum. Dazu kam, daß in den siebziger Jahren ausländisches Rohmaterial (schwarzer und roter schwedischer Granit sowie Labrador) zur Verwendung kam. Ein tüchtiger Stamm von Arbeitern war vorhanden, so daß, als die Monumentalfabriken entstanden, gleich von vornherein ergaßt werden konnte. Absatzgebiete waren in Deutschland genügend vorhanden; das Publikum war kaufkräftig geworden und überdies lieferten die Fabrikanten auf Kosten der Arbeiter äußerst billig. Die Produktion konnte noch erhöht und weiter verbilligt werden, indem die Sägereien mit gut funktionierenden Vollgattern versehen wurden, so daß zusammengesetzte Granitblöcke mit 10—15 Kubikmeter Volumen mit Leichtigkeit durch etwa 50—60 Blätter dementsprechend getrennt werden konnten. In den Fabriken, in denen bisher nur Denkmäler hergestellt wurden, wendete man sich nebenbei der Plattenfabrikation zu; diese Neueinrichtung gestaltete sich für die Unternehmer besonders rentabel. Der Steinmetz erhielt durch die Erfindung der Schürscheibe eine gewaltige Konkurrenz. Die Herstellung des Karborundum trug weiter dazu bei, daß das Hartgestein noch rationeller zerschritten und geschliffen werden konnte, als wie es bisher schon der Fall war. Es kann gesagt werden, daß in diesem Zweige der Granitindustrie in der raffiniertesten Weise mit der Technik gearbeitet wird. Als Arbeiter können wir selbstredend die Erfolge der Technik nicht bekämpfen.

Aber beiläufig sei bemerkt, daß trotz dieser maschinellen Triumphe die Arbeitszeit unserer Kollegen, gleichgültig ob Steinmetzen oder Schleifer in Frage kommen, nur unwesentlich verkürzt wurde. Meist herrscht noch der Zehn- und Zwölfstundentag. Die Fabrikanten produzieren also äußerst billig; kunstlose Ware wird in Hülle und Fülle auf den Markt geworfen.

Als die polierten Denkmäler in großer Gleichmäßigkeit so massenhaft in den Friedhöfen auftauchten, von da ab mußte eine Reaktion erfolgen. Das Publikum hatte genug von diesen polierten Hügelsteinen, Pyramiden, Obelisken, Kreuzen etc. Auf großen Friedhöfen kann man Hunderte von polierten Monumenten sehen, die sich gleichen wie ein Ei dem andern. Nur die Maße sind verschieden. Diese Einförmigkeit mußte auffallen und abstumpfen und namhafte Künstler, wie Erw. Kurz, D. Kunz, C. Sattler, Ernst Pfeiffer, Prof. Gabich, J. Gaiger, Prof. Gubmann, Dr. v. Grolmann u. f. f. hatten mit ihren propagierten Ideen, bei den Entwürfen mehr Individuelles zu leisten, glänzende Erfolge. In München schuf Baurat Haas den sogenannten Waldfriedhof und in Wiesbaden nahm die Gesellschaft für bildende Kunst diesen neuen Gedanken sofort auf. Als Motto wurden folgende Sätze aufgestellt:

Während Plastik und Architektur seit einem Jahrzehnt einen neuen Aufschwung genommen haben, ist die Kunst auf

dem Friedhof, wenn wir von den wenigen kostspieligen Denkmälern absehen — gerade in den letzten 20 Jahren völlig erstorben. Nicht zum wenigsten trug zu dieser betäubenden Erscheinung die Gewohnheit bei, die Grabdenkmäler fertig dem Lager zu entnehmen. So bildete sich ein rein kaufmännischer Betrieb aus, bei dem künstlerische Kräfte überhaupt nicht mehr in Tätigkeit treten.

Diese Leitsätze sind sicherlich sehr zutreffend, aber die Wiesbadener Kunstvereingung verfällt in denselben Fehler wie so viele Fabrikanten, es wird nämlich auch wieder schematisiert. Es werden an die kunstliebenden Fragebogen versendet, etwa 11 Fragen sind zu beantworten und dann wird der Entwurf in irgendeinem Bureau angefertigt. Der individuelle Extrakt des schaffenden Künstlers kommt sicherlich im Entwurf zum Ausdruck. Aber wir fragen, wie soll der Künstler in München es fertig bringen, harmonische Architekturformen aufs Papier zu werfen, wenn er gar nicht weiß, wie beispielsweise die Gruppierung der Denkmäler auf dem Friedhofe zu Dresden aussieht, wohin das bestellte Monument plaziert werden soll. Diesen Unbeständen könnte nur abgeholfen werden, wenn die kleineren Meister selbst zeichnerisch produktiv tätig sein könnten! Aber damit hapert's.

Nun, wir haben uns hier mit der Wiesbadener Kunstvereingung, die sicherlich eine gute künstlerische Zeitung hat, weiter nicht zu beschäftigen. Aber wir fügen hinzu, daß die Kreise, die dieser Gesellschaft nahe stehen, mit allem Nachdruck die Tendenz propagieren, daß der Granit im völlig polierten Zustande aus den Friedhöfen verschwinden soll. Auf dem Münchener Waldfriedhof wurde damit der Anfang gemacht. Allerdings ist stark zu bezweifeln, ob die Gemeinde- oder Friedhofsverwaltungen überhaupt berechtigt sind, ein solches generelles Verbot zu erlassen. Die scharfen Bestimmungen, daß auf dem Münchener Waldfriedhof polierte Steine nicht versetzt werden dürfen, gelten für die übrigen Münchener Friedhöfe natürlich nicht.

Als Gesteinsmaterialien werden von genannter Gesellschaft mit besonderem Nachdruck empfohlen: Weißer Tiroler Marmor, Unica Marmor (aus Nassau), Reihheimer Kalkstein, Muschelkalk, und die verschiedensten Sandsteinsorten. Als Granite haben noch Gnade gefunden der rote Garzer und der grünliche Odenwälder. Mit solchen Vorschlägen, die sich in so engen Grenzen bewegen, ist die Gesellschaft für bildende Kunst auf falscher Fährte. Wir haben in Deutschland eine Unmasse von Gesteinsmaterialien, die zur Neubelebung der Grabmalerei Verwendung finden können.

Wie sich aus dem Gesagten ergibt, hat gegenwärtig die Monumentalbranche neben der wirtschaftlichen Krise auch noch damit zu rechnen, daß sich eine neue Richtung mit Erfolg, bezüglich der Architektur, breit gemacht hat. Und lidiglich diese Erscheinung haben wir in unserm ersten Artikel behandelt. Für die Kollegen aus der Schleiferbranche wird dieser Umschwung allerdings am meisten nachteilig wirken. Aber ist es deshalb nicht ungerührt, wenn uns Vorwürfe aus Kollegenkreisen gemacht werden und berichtet wird, der Steinarbeiterverband vertritt die Interessen der Schleifer nicht mit genügendem Nachdruck. Das soll noch im ersten Fall bewiesen werden. Bedauerlich ist es allerdings, wenn die Empfindlichkeit bei den einzelnen Branchen schon so groß ist, daß technische oder künstlerische Umwälzungen nicht mehr besprochen werden sollen. Die Redaktion ist sogar verpflichtet, diese Erscheinungen genau zu verfolgen und sie dementsprechend im Verbandsorgan zu beleuchten. Täten wir das nicht, dann würde mit Recht von anderer Seite der Vorwurf erhoben, unsere Zeitung hat kein Verständnis für die eigentümlichen Entwicklungstendenzen in der Steinindustrie. Wir fragen, sind denn nicht die Schleifer durch den künstlerischen Umschwung geschädigt? Die Sandsteinmeinen jammern schon seit 15 Jahren, daß mit der Veborgung der „Verblendungen“ bei Fassaden eine starke Berufsmisere eintrat. Der Akkordverdienst ging dadurch beispielsweise im Elbsandsteingebiet stark zurück. Das ist ja das traurige, daß Änderungen in der Maschinentechnik und in den architektonischen Formen in erster Linie den Arbeiter schädigen. Weiterer Beweis: die Sägereien und die Bohrmaschinen machen immer mehr die Dreher überflüssig; die Pflastersteinmaschine macht den Postierern arge Konkurrenz; die Schürscheibe und Stockmaschine schädigt die Steinmetzen enorm, die Schleifmaschine hat zum größten Teil die Handschleifer ausgeschaltet, die Hobelmaschine in der Marmorbranche schädigt Steinmetzen und Schleifer so ziemlich zu gleichen Teilen; die Schriftblasmachine hat viele Schrifthauer um Arbeit und Brot gebracht usw. Diese Erscheinungen sind natürlich in andern Gewerben auch, teilweise sogar noch schärfer zu konstatieren.

Wenn das Hartsteinmaterial weiterhin zu Grabmalarbeiten starke Verwendung finden soll, dann müssen sich die Steinindustriellen mit leistungsfähigen Künstlern in Verbindung setzen, die beim Entwurfanfertigen auch etwas Mustergültiges leisten können. Und gerade dieses Moment wurde bisher von den führenden Meistern nicht im geringsten beachtet. Auf den Zusammenkünften jener Herren wurden große Reden geschwungen, wie am entschiedensten die Arbeiterorganisationen bekämpft werden könnten, dann wurden noch etliche Phrasen gedroschen, wie in recht schüchternen Weise das Submissionswesen zu regeln sei. Das war alles. Kein Mensch kümmerte sich um die neue Richtung, die Fabrikanten produzierten nach ihren Katalogen ruhig weiter, sie merkten den Umschwung erst, nachdem der Absatz stockte. Die Wiesbadener Gesellschaft ist nicht müßig gewesen, denn schon in mehr als 30 Städten hat sie sich Meister gesichert, die nach den neuen Entwürfen arbeiten, und auch noch fertige Monumente auf Lager nehmen. Die Reisenden, die heute bei den Kleinmeistern ihre Musterkataloge vorlegen, damit das Kommissionslager ergänzt werden soll, hören immer die Ausreden, wir können keine Bestellungen aufgeben, indem jetzt das Publikum vor der polierten

Duzendware einen Abscheu hat. Mancher Industrielle wird diese Darstellung bestätigen können.

Zu einem recht ominösen Konflikt wegen der neuen Richtung ist es in Kiel gekommen. Die dortigen Steinmetzmeister, die vorwiegend polierte Denkmalerei anfertigen, haben in einem bürgerlichen Blatte am 31. 1. folgendes Inserat erlassen.

Zur Aufklärung!

Seit zwei Jahren wird von Pastor Harder die Wiesbadener Gesellschaft für bildende Kunst für Lieferung und Ausführung von Grabdenkmälern empfohlen.

Wegen der hohen Provisionen, welche genannte Gesellschaft für Lieferung von Entwürfen verlangt, haben die unterzeichneten Grabsteingeschäfte Niels es abgelehnt, mit Pastor Harder, welcher Vertreter der Wiesbadener Gesellschaft ist, in geschäftliche Verbindung zu treten, sondern haben sich mit hiesigen Künstlern und Architekten in Verbindung gesetzt, um moderne Formen zur Hebung der Grabmalerei zu erhalten.

Wir bitten, im Bedarfsfalle von den unterzeichneten Grabsteingeschäften Entwürfe und Kostenanschläge einholen zu wollen und Vergleiche anzustellen, da sich die Entwürfe und Denkmäler der Wiesbadener Gesellschaft durch besonders hohe Preise auszeichnen.

Anton Barth. Thomas Ingwersen. Ludwig Petersen. Ferdinand Köppler. Richard Schlauch. Schlüter u. Ahrens. Albert Ulrich. Bernhard Thierbach.

Es ist interessant, zu erfahren, daß in Kiel sogar ein Pastor die Wiesbadener Richtung mit seinem nicht unbedeutenden Einfluß unterstützt. Die Kieler Meister haben sich allerdings rektifiziert, indem sie zugeben müssen, daß der Pastor Provisionen für seine Bemühungen nicht bezieht. Aber eine wichtige Neuerung zeigt die Auseinandersetzung, nämlich: die Meister wenden sich jetzt an tüchtige Künstler, um gute Entwürfe zu bekommen. Das ist anerkennenswert und mag anderweitig Nachahmung finden. Schädlich von den Kieler Meistern ist es aber nicht, wenn sie sofort den billigen Jakob heraussteden. Gediegenes können auch sie mit billigen Preisen nicht liefern.

Nun, wir sind etwas ausführlich geworden, nach der ganzen Sachlage erschien uns eine eingehende Behandlung der Materie geboten. Vielleicht geben sich nun die Schleifer mit dieser Darstellung zufrieden, Ueberdies läßt es die Redaktion sehr gern, wenn uns aus Kollegenkreisen noch diesbezügliche Einwendungen zugehen würden.

Der Ausschluß der Berufsbeamten aus den Arbeitskammern.

Der Arbeitskammergesetzentwurf der Reichsregierung hat aus beschränktem Maß gegen die Führerschaft des organisierten deutschen Proletariats die Berufsbeamten der Organisationen aus den Arbeitskammern ausgeschlossen. Die sachkundigen Männer, die aus ihrer Praxis heraus die Bedeutung der Berufsbeamten für die Regelung der Beziehungen zwischen der Unternehmer- und Arbeitererschaft zu beurteilen wissen, schlagen über diese phänomenale Dummheit der Verfasser des Arbeitskammergesetzentwurfs die Hände über dem Kopf zusammen.

Aus den Kritiken, die von erprobten Sachmännern über den Arbeitskammergesetzentwurf abgefaßt wurden, greifen wir die Ausführungen des Münchner Gerichtsrats Dr. Brenner, des Vorsitzenden des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts München, heraus, um zu beweisen, wie energig gerade die Fachleute den kurzschichtigen Ausschlußparagrafen des Arbeitskammergesetzentwurfs zurückweisen. Herr Gerichtsrat Dr. Brenner schreibt in Nr. 29 der Beilage der Münchner Neuesten Nachrichten:

Dagegen muß der Ausschluß der Berufsbeamten der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände als der schwerste Fehler der ganzen Gesetzesvorlage bezeichnet werden. Die sozialpolitische Gesetzgebung mit ihren zahllosen Problemen beginnt allmählich sehr unübersichtlich zu werden; die Bewältigung des enormen, schwierigen Stoffes erfordert eine ganze Berufsarbeit, ja förmliches Spezialstudium. Wie sollen die einzelnen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die nötige Zeit und die entsprechenden Grundlagen finden, um die ganze Materie sachgemäß zu erfassen und nach außen hin, vor allem gegenüber der Gegenpartei zu vertreten? Zum Beispiel sind bei den einzelnen Lohnbewegungen mit darauffolgenden Tarifabschlüssen beide Parteien immer mehr geneigt, nicht bloß die Fragen, ob eine Viertel- oder eine halbe Stunde weniger gearbeitet werden soll oder einige Pfennige mehr Lohn bezahlt werden sollen, zum Gegenstand der Verhandlungen zu machen, sondern jede Partei will wichtige soziale Probleme, z. B. die Regelung des Arbeitsnachweises, die Mindestlohn, Agitationsklausel, gleitende Lohnskala, Raiffeisen u. dergl. tarifvertraglich festsetzen wissen. Tauchen derartige Fragen auf, so kann nur eine Persönlichkeit, die das gesamte Wirtschaftsleben theoretisch und praktisch überblickt, Rede und Antwort stehen. Fehlen ausnahmsweise derartige Persönlichkeiten, so ist von vornherein schon an keine erfolgreiche Verhandlung zu denken, da sich die einzelnen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in ihrer ängstlichen Unsicherheit zu gar keiner Konzeption bereit erklären oder eine unüberlegte Ungeschicklichkeit begehen. Die Folge dieser Verhältnisse ist, daß fast alle größeren Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, Syndici, Geschäftsführer, Arbeiterssekretäre im Hauptberuf aufgestellt haben, um ihre Interessen wirksam zu vertreten. Die Vorsitzenden wohl aller Gewerbeverbände werden ferner aus ihrer Praxis als Regel bestätigen können, daß die genannten beruflichen Vertreter der Verbände die Verhandlungen nicht erschweren und nicht verschärfen, im Gegenteil gemäß ihrer allgemeineren Bildung, und des dadurch gewonnenen erhöhten Blicks über die einzelne Arbeiterkategorie hinaus beim Vorliegen objektiver Gründe am ersten die Bereitwilligkeit und auch den Mut haben, auf die von ihnen vertretenen Kreise beruhigend und aufklärend einzuwirken. Es ist charakteristisch, daß gerade derartige beamtete Vertreter aus Arbeitgeber- und Arbeiterseite von ihren eignen Reuten wiederholt mit dem — ich sage — Ehrentitel: „Bremser“ benannt werden. Dies sagt mehr als allerschärfliche Redensarten über bezahlte Agitatoren, Seher u. dergl. Ich muß auf Grund meiner Erfahrungen den Satz aufstellen: Fast die gesamten ohne Kampf abgeschlossenen Tarifverträge größerer Stills sind hauptsächlich das Werk der besonnenen Führung der beamteten Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter. Und nunmehr sollen diese Persönlichkeiten von einer geschicklichen Friedensinstitution prinzipiell ausgeschlossen werden. Ein Praktiker kann dies nicht in Vorschlag gebracht haben.

Abgesehen von diesen praktischen Erwägungen ist die dies-
bezügliche Gesetzesbestimmung eine große Ungerechtigkeit. In
die Landwirtschaftskammern, in die Handels- und Handwerks-
kammern können belohnte Beamte der Berufsvereinigungen
wenigstens bis zu einem bestimmten Prozentsatz gewählt werden.
Bei den Arbeitskammern wird dies nicht zugestanden. Es kann
hier nur eine höchst unangebrachte Rücksichtnahme auf gewisse
Kreise die Triebfeder gewesen sein; dabei übersehen aber diese
Kreise, daß diese Maßregel ein zweischneidiges Schwert ist, das
sich auch gegen sie selbst richtet.

Was sagt hierzu der Staatssekretär Bethmann-Hollweg?

Die Frauenarbeit in den Steinbrüchen vor dem Meißener Schöffengericht.

Ein ganz besonderes Glück vor dem Meißner Schöffengericht hatten kürzlich die Steinbruchbesitzer und Schiffsseigner Sch. aus Keilbusch und K. aus Diera sowie der Steinbruchbesitzer E. aus Niederlommachsch. Die Angeklagten hatten entgegen den gesetzlichen Bestimmungen Frauen mit dem Transport und Verladen von Steinen und Marschlag beschäftigt. Jeder Angeklagte hatte deshalb eine Strafverfügung zu je 20 Mark zugestellt bekommen, gegen welche sie gerichtliche Entscheidung beantragten. Die Angeklagten gaben zu ihrer Rechtfertigung an, daß die Frauen nicht im Steinbruchbetriebe beschäftigt sind, vielmehr gehe ihre Beschäftigung auf Kosten der Elbschiffahrt. Die Steuerleute resp. Schiffsführer erhielten eine Pauschalsumme, für welche sie alle auf der Reife verursachten Kosten zu bezahlen hätten; dazu gehören auch das Ein- und Ausladen des Schiffes; ihnen (den Angeklagten) ginge das nichts an, die Steuerleute hätten die Leute anzunehmen und abzulohnen; letztere rechneten dann wieder am Ende der Reife mit den Steuerleuten ab. Mit dem Steinbruchbetrieb habe also das Verladen nichts zu tun, auch würde daselbst als zur Schiffahrt gehörend besonders gebucht. Diese Einrichtung besteht schon immer so. Die Frauen sind gegen Unglücksfälle auch nicht in der Steinbruchs-, sondern in der Elbschiffahrtsberufsgenossenschaft versichert. Der Staatsanwalt beantragte Verurteilung der Angeklagten und führte aus, daß die Einrichtung und die Buchführung eine willkürliche sei, die Sache bliebe dieselbe und könne das Gesetz unmöglich auf diese Weise durch die Angeklagten umgehoben werden; zum mindesten aber wären die beiden ersten Angeklagten Sch. und K. zu bestrafen, die gleichzeitig Steinbruchbesitzer und Schiffsseigner seien. Die Angeklagten stellten die Arbeit als ungefährlich hin, indem Frauen doch auch in Ziegeleien usw. beschäftigt würden, gleichzeitig priesen dieselben die gute Entlohnung. Die Frauen erhalten für die schwere Arbeit einen Lohn von 20 Pfg. die Stunde. Mit Ausnahme eines Angeklagten, der ein Einkommen von 4000 Mark angibt, weigerten sich die andern, auch die in der nächsten Strafsache, ihr Einkommen anzugeben. Die Angeklagten wurden kostenlos freigesprochen. (!) Ferner waren wegen Gewerbevergehens die Steinbruchsbesitzer E. aus Zschepa und K. aus Niederlommachsch angeklagt. In dieser Strafsache lag bereits ein Urteil des Oberlandesgerichts vor und kamen die Angeklagten nicht so gut weg. Nach beständigem Muster hatten die Angeklagten Scheinverträge mit den Ehemännern der Frauen geschlossen, indem sie an diese die Steine veräußerten. Die Frauen mußten die Steine dann bearbeiten und der Besitzer resp. Pächter kaufte sie wieder zurück. Der Vorsitzende wies die Angeklagten noch besonders darauf hin, daß sie mit ihren Scheinverträgen nicht durchdringen könnten, da doch Arbeiterfamilien die Steine nicht kaufen würden, um ihre Wohnungen damit auszukuppeln. Die Angeklagten hofften nun dadurch der Strafe entgehen zu können, daß sie behaupteten, die Arbeiten würden außerhalb ihres Steinbruchsbetriebes vorgenommen, sie verlangten aus Prinzip eine Entscheidung dahingehend, daß die Verträge ihres Betriebes festgestellt werde, denn die gesetzliche Verordnung bezöge sich nur auf den Steinbruchsbetrieb selbst. Das Urteil lautete dahin, daß jeder Angeklagte 30 Mark Geldstrafe resp. drei Tage Haft erhält; auch haben die Angeklagten die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Obigen Bericht entlehnen wir der „Meißner Volkszeitung“. Wir müssen nur bebauern, daß der Berichterstatter nicht die Namen der Angeklagten völlig angegeben hat. Eine bessere Durchführung der bundesrätlichen Bestimmungen kann nur dann erzielt werden, wenn die Unternehmer, sobald sie angeklagt und verurteilt werden, schonungslos der Öffentlichkeit preisgegeben werden. — Warum eine so zarte Rücksichtnahme auf die Gesetzesübertreter?

Die Amtshauptmannschaft Meissen gegen den übermäßigen Alkoholenuss.

Die Amtshauptmannschaft Meissen hat nach Anhörung der Sektion VII der Steinbruchsberufsgenossenschaft wegen des übermäßigen Alkoholenusses in den Steinbrüchen folgende Bestimmung erlassen:

§ 1. Das Einbringen aller Arten von Branntwein in Steinbrüche, Steinbruchwerkstätten und das die Steinbrüche in einem Umkreise von 200 Meter umgebende Gelände, sowie der Verkauf und der Genuß von Branntwein innerhalb dieses Umkreises ist verboten.

Ausgenommen von diesem Verbote ist: der konzessionierte Branntweinschank und Branntweinleinhandel für die Dauer der gegenwärtig erteilten gewerbepolizeilichen Genehmigung.

§ 2. Das Abhalten von Trinkgelagen in Steinbrüchen, in dem in § 1 bezeichneten Umkreise der Steinbrüche bez. Steinbruchstellen sowie an andern, nicht dem öffentlichen Verkehr dienenden oder von den Eigentümern ausdrücklich hierzu hergegebenen Orten in der Nähe der Steinbrüche, ist den in Steinbrüchen beschäftigten Personen — auch nach Feierabend — verboten.

Die Einnahme der Maßzeiten und üblichen Erfrischungen während der Arbeitspausen fällt nicht unter dieses Verbot.

§ 3. Die Forderung, Leistung und Annahme eines sogenannten Einstandes, d. h. eines Betrages in Geld oder Naturalien, welcher den neu in eine Beschäftigung tretenden Arbeitern von den dort bereits beschäftigten dafür abgefordert wird, daß sie den Neueintretenden die durch die gemeinsame Arbeit bedingte Kameradschaft und gegenseitige Hilfe leisten, ist verboten.

§ 4. Betrunkene und angetrunkenen Personen ist der Zutritt zu den Steinbrüchen, den Steinbruchwerkstätten und dem die Steinbrüche in 200 Meter Umkreis umgebenden Gelände — außerhalb der in diesen Kreis fallenden öffentlichen Wege — sowie der Aufenthalt darin verboten.

Betrunkene oder Angetrunkenen, welche an den im ersten Absatz bezeichneten Orten betroffen werden, sind von den Bruchinhabern oder den die Aufsicht in den Brüchen führenden Personen sofort zu entfernen.

§ 5. In solchen Steinbrüchen und Steinhauereien, in denen regelmäßig drei oder mehr Arbeiter beschäftigt werden, müssen für die im Freien beschäftigten Arbeiter zur Unterkunft während der Arbeitspausen ausreichend große und wasserdichte Räume vorhanden sein, welche genügend erhellt, mit einem dichten Fußboden versehen und bei kalter Witterung geheizt sind; sie müssen für jeden dauernd beschäftigten Arbeiter einen Sitzplatz enthalten.

Die Unterkunftsräume müssen mindestens 2,2 Meter im Lichten hoch und 4 Quadratmeter groß sein und bei Beschäftigung

von mehr als 5 Arbeitern derart vergrößert werden, daß auf jeden dauernd beschäftigten Arbeiter eine Fläche von mindestens 0,75 Quadratmeter entfällt.

Die Unterkunftsräume sind täglich zu reinigen, sie dürfen nicht als Lager- oder Aufbewahrungsräume benutzt werden.

In den oben bezeichneten Betrieben müssen den Anforderungen der Gesundheitspflege und des Anstandes entsprechende Bedürfnisanstalten in ausreichender Zahl (mindestens für je 25 Arbeiter ein Abort) vorhanden sein.

§ 6. Jeder Inhaber eines im Betriebe befindlichen Steinbruchs, bez. der von ihm gemäß Punkt 4 der Verordnung der Königlich Amtshauptmannschaft vom 2. November 1906, bestellte Bruchmeister oder dessen Stellvertreter, also derjenige, der für die Ordnung im Bruche verantwortlich ist, hat dafür zu sorgen, daß nach Feierabend die Arbeiterbude geschlossen wird und alle nicht im Bruche wohnhaften oder daselbst noch mit Erlaubnis der Bruchleitung arbeitenden Personen den Bruch verlassen.

§ 7. Der Bruchinhaber bez. Aufsichtsführende (§ 6) hat darüber zu wachen, daß den Vorschriften unter §§ 1 bis 4 entsprochen wird. Er ist verpflichtet, Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der §§ 1 bis 4, sofern er sie nicht verhüten kann, zur Anzeige zu bringen.

§ 8. Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Anordnungen werden nach § 147, Ziffer 4, der Reichsgewerbeordnung gerichtlich mit Geldstrafe bis zu 300 Mk. und im Unvermögensfalle mit Haft bestraft.

Im allgemeinen ist gegen dieses Verbot nichts einzuwenden. Wir können nur feststellen, daß in Sachsen die Unternehmer selbst sehr viel dazu beitragen, daß in den Steinbrüchen viel Alkohol konsumiert wurde. Die Unternehmer wollten hauptsächlich mit dem Verkauf des Schnapses noch ein gutes Geschäft machen.

Wenn in § 3 der sogenannte Einstand verboten wird, so muß auch hier gesagt werden, daß diese Unsitte meist unternehmerseits unterstützt wurde. Wir kennen Geschäfte, die zu solchen Einstandsgelagen Zuschüsse leisteten und somit der Trinkerei Vorschub leisteten. Die Unternehmer machten auch da ihr Geschäft. Denn wenn ein Kollege unter sechs Monaten den Betrieb verließ, so wurde der Zuschuß abgezogen. Die Kollegen waren somit an ihre Arbeitsstelle gefesselt und die Löhne konnten nach Belieben festgesetzt werden. — Recht ungenügend muß in seiner Fassung der § 5 genannt werden. Hier hätte die Amtshauptmannschaft weitreichender sein können.

Korrespondenzen

Bremen. Bei der am 9. Februar hier im Gewerkschaftshaus stattgefundenen Monatsversammlung wurde bei der Abrechnung des Winterfestes ein Ueberschuß von etwa 40 Mk. festgestellt. In Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit wurde dieses Geld der örtlichen Kasse mit dem Bemerkten überwiesen, solchen Kollegen, welche vom Zentralvorstande ausgespart sind, in den nächsten drei Monaten ein höheres Ortsgehalt zu überweisen. Weiter wurde angeregt, daß diejenigen Kollegen, die gewohnheitsmäßig den Versammlungen fernbleiben, vom Genuß der Krankenunterstützung ausgeschlossen werden sollen. Ein dergleichen Antrag wird unsererseits der nächsten Generalversammlung vorgelegt werden. Die hiesigen Kollegen sind der Meinung, daß dieser Vorschlag, wenn er realisiert würde, auf die Saumseligkeit eine erzieherische Wirkung ausüben müßte.

Crailsheim. Der Kampf ums Krankengeld. Vom 11. November 1907 bis 12. April 1908 war Kollege Schaffner krank; er gehörte der Gemeindefrankenkasse Lungenenthal (Oberamt Hall) an. Da er 14 Tage krank war, schickte er, um sein Krankengeld zu bekommen, ein vom Arzt ausgestelltes Krankenzugnis an den Kassenvorstand. Am 14. Tage darauf erhielt er schon die Antwort, daß er alle acht Tage ein Krankenzugnis einreichen solle, um dann das Krankengeld zu erhalten. Kollege Schaffner kam dem auch nach; er sandte die Zeugnisse ein, um sicher das Krankengeld zu bekommen. Aber weit gefehlt. Da der Beamte kein Geld ohne Genehmigung des Ausschusses auszahlen konnte, vergingen nicht weniger als sieben Wochen, bis die Antwort vernünftig kam. Jetzt erst wußte man, daß auch Statuten da sind, welche maßgebend sind, um das Krankengeld zu verweigern. Als sich Schaffner meldete, um sich bei seinem Arzt in Fruchtmangen behandeln zu lassen, wurde ihm das genehmigt, und der Beamte stellte eine Bescheinigung aus. Von einem Statut auszuhändigen war keine Rede, trotzdem es im Anhang der Statuten heißt, daß einem jeden Krankenmitglied schon bei der ersten Woche ein Statut ausgehändigt werden muß. Schaffner schrieb auch dementsprechend an den Beamten, daß er kein Statut erhalten habe und sich nicht nach den Bestimmungen richten könne. Wieder vergingen etliche Wochen und der Ausschuss genehmigte nichts. Der Bonnemont Mai 1908 war bereits verfloßen, als der Ausschuss nochmals vernünftig antwortete. Schaffner beschaffte sich nun auf Anraten des Zentralvorstandes das Statut, um die Paragrafen genau studieren zu können. Im Monat Juli wurde dann eine Klageschrift gegen die Gemeindefrankenkasse an das Kgl. Oberamt Hall eingeschickt, welches die Sache nochmals an den Ausschuss überwies. Dieser sagte am 23. September wurde dem Beschluß, nichts auszuzahlen. Dagegen wurde Einspruch erhoben, und Mitte Dezember kam endlich der Bescheid, daß das Krankengeld ausbezahlt wird. Die Doktor- und Apothekerkosten fallen Schaffner zur Last. Da die Sache lange genug gedauert hatte, ließ sich Koll. Schaffner damit abfertigen. Endlich im Jahre 1909, Ende Januar, bemühte sich die Krankenkassenverwaltung und schickte ihm den Betrag von 76 Mk. Man bedenke, 21 Wochen krank und 40 Wochen dauert es, bis sich die soziale Einrichtung bemüht, Geld auszugeben; das sind zusammen 61. Wochen.

Wäre dem schwer betroffenen Kollegen unser Verband nicht beigeprungen, fürwahr, der Krankenkasse wäre der Betrag von 76 Mk. erspart geblieben. Man kann sich leicht denken, wie aufregend das ganze vorintuitivliche Verfahren auf den Kranken Kollegen gewirkt haben muß. Wir meinen aber auch, daß es endlich an der Zeit ist, diese Gemeindefrankenkassen zu beseitigen, die meist immer in der engherzigsten Weise an die Ausübung der sozialen Ideen herangehen. Wäre Schaffner nicht organisiert gewesen, er wäre sicherlich ohne Rechtsbeistand geblieben, ohne weiteres darf angenommen werden, daß unser schwerkranker Kollege niemals die Kraft gefunden hätte, den berufsinhaltlichen Weg voll auszuüben zu können.

Serbeke. Die stattgefundenene Mitgliederversammlung am 15. Februar war sehr schlecht besucht. Wenn unter den Kollegen die Interessiertheit so groß ist, dann werden die Unternehmer vor uns keinen großen Respekt haben. Dabei sei bemerkt, daß wir mitten in der Lohnbewegung stehen. Wie ungenügend hier die Löhne sind, ist doch hinreichend bekannt. Der Vertrauensmann gab bekannt, daß nachstehende Herren Gastwirte unser Verbandsorgan abonnieren: Heinrich Bisk, Ferdinand Breme, August Schuster, Rudolf Fischer, Fritz Brögelmann, Albert Rings und August Stehme. Es ist selbstredend, daß unsere Kollegen diese Wirte auch dementsprechend unterstützen müssen. In moralischer Hinsicht ist es ein großer Erfolg, daß unser Fachorgan hier in so vielen Gasthäusern ausliegt. Das Platzgeschick wurde aufgehoben; die Belastung war zu groß.

Konstanz. Wie den Kollegen schon bekannt ist, hat die Firma Schmal in Nadolzell am 12. Dezember 1908 sämtliche organisierten Steinbauern gekündigt, in der Absicht, ihre Affordgelüste besser durchzuführen zu können. Am 22. Januar wurden nun auch die Kollegen am Gymnasiumneubau in Konstanz entlassen mit dem Vorwand, es seien keine Steine mehr da. Natürlich handelte es sich hier ebenfalls darum, den wilden Afford einzuführen zu können. In diesem Bau ist die Firma Schmal mit

vertreten. Am 8. Februar, als Steine wieder genug vorhanden waren, sprachen sechs Mann zu, sie würden auch eingestellt unter der Bedingung, wenn sie im Afford arbeiten wollen. Die Kollegen lehnten dieses ab und drangen sofort darauf, daß noch am selben Tage unter Mitwirkung des Oberbaupinspektors Engelhorn eine Unterhandlung anberaumt wurde, welche aber infolge der Halsstarrigkeit der Unternehmer resultatlos verlief. Wie wir erfahren haben, will der Polier Brand in der Pfalz, seiner engeren Heimat, Steinhauer anwerben. Die Landstuhler Gesand soll in Frage kommen.

Leipzig. Die am 19. Februar im Volkshaus abgehaltene Versammlung erfreute sich eines zahlreichen Besuchs. Es handelte sich um den Streit bei der Firma Lehmann. Die Jüngling schrieb, sie könne eine Garantie wegen Lehmann nicht übernehmen, aber selbstredend müsse der Tarif innegehalten werden. Da Herr Lehmann die restierenden Löhne nachbezahlt hat und auch die Erklärung abgab, daß er das, was die Rechnungs-Kommission festsetzt, auch anerkennt, wurde der Beschluß gefaßt, die Arbeit auf dem Werkplatz Lehmann wieder aufzunehmen. Auch wurde bei der Firma Anord die Sperre aufgehoben. Leider hat sich dort ein Arbeitswilliger gefunden namens Saupe. Als Bauarbeiterschutzelegierte wurden die Kollegen Lämmel und Henze gewählt. Zur Bauarbeiterschuttkonferenz, welche Anfang April in Dresden stattfindet, wurde Kollege Gustav Herrmann bestimmt. Unter Gewerkschaftlichem wurde noch das Verhalten einiger Kollegen kritisiert, welche in Arbeit stehen, aber sich vom Meister Granitgriffplatten holen und dann zu Hause bearbeiten. Diese Arbeit mag man ruhig den Arbeitslosen überlassen. Wo soll das hin, wenn auch bei uns die Heimarbeit noch eingeführt werden sollte?

Mehlingen-Neukirchen. Am 31. Januar 1909 tagte im Lokale von Pf. Schmitt-Neukirchen unsere Generalversammlung. Leider war die Versammlung so schlecht besucht, daß die Neuwahl bis auf weiteres hinausgeschoben wurde. Wenn eine Kriegervereinsveranstaltung geplant ist, dann müssen natürlich die Steinmeinen auch zur Stelle sein. Es ist sehr traurig, daß hier die Arbeiterbewegung so langsam voranschreitet, alles wird aufgegeben, um uns zu unterdrücken. Wir fassen aber immer wieder frischen Mut. Hoffentlich bringen wir es fertig, unsere Berufsangehörigen aus den Altimbervereinen herauszubolen. Unser Verband tritt für bessere Lohnbedingungen ein, der Militärverein kümmert sich nicht im geringsten darum, wie die Steinarbeiter entlohnt werden. In sozialer Hinsicht wäre hier noch so vieles zu bessern, aber wenn die Gewerkschaftsbewegung nicht stärker vorwärtsbringen kann (wir meinen das hiesige Gebiet), dann sehen wir einer traurigen Zukunft entgegen.

Roßdorf. Unsere Versammlung fand am 13. Februar statt. Kollege Klar verlas die Abrechnung, welche von den Revisoren für richtig befunden ist. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Sodann wurden zwei neue Mitglieder aufgenommen; dies entfachte eine lebhafte Debatte, da der eine Kollege schon mehrmals aus der Organisation ausgespart war. Sodann las der Vorsitzende aus dem Beisatz die innewahaltende Geschäftsordnung vor. Besonders wurde betont, daß besondere Punkte und Anträge vorher einzureichen sind. Betreffs der Entschädigung der Platzkassierer wurde der Antrag Schumann angenommen, nach welchem die Kassierer 1,50 Mk. pro Quartal bekommen. Sodann kamen die Mißstände auf Platz Rüders zur Sprache und es beschwerten sich viele Kollegen über den Herrn Polier. Die Kollegen führten gerechte Klage über schlechte Arbeitsteilung; denn wehe dem, welcher dem Herrn was in den Weg gelegt hat, der kann lauern, bis er ein Stück Arbeit bekommt, und dann bekommt er eine Arbeit, wo er absolut nichts verdienen kann. Die Ausrede ist dann gewöhnlich: „Ja, du machst blau oder kommst immer zu spät.“ Gründe gibts ja so viele, womit sich die Herren dann rechtfertigen wollen. Wird zum Wundenrecht angesprochen, so ist es das traurige, daß dann diejenigen, die Grund zur Beschwerde haben, immer den Mund halten.

Literarisches.

Kristallographie von Dr. W. Brühns, a. o. Professor an der Universität Straßburg. Mit 190 Abbildungen. Preis in Weinwand gebunden 80 Pfg. G. J. Göschen'sche Verlagshandlung in Leipzig. — Das vorliegende Bändchen soll dem naturwissenschaftlich gebildeten Laien einen leicht verständlichen Ueberblick über die Hauptlehren der Kristallographie geben und womöglich zu eingehenderem Studium dieser interessanten Wissenschaft anregen. Im 1. Teil werden einige allgemeine Verhältnisse erörtert, im 2. die wichtigsten Kristallformen unter Berücksichtigung der neueren Einteilung auf Grund der Symmetrieverhältnisse beschrieben. Der 3. bringt ausgewählte Kapitel aus der physikalischen Kristallographie, und zwar werden darin im wesentlichen solche Erscheinungen geschildert, welche verhältnismäßig leicht zu beobachten und zu verstehen sind und besonders geeignet erscheinen, den Zusammenhang der physikalischen und geometrischen Eigenschaften deutlich hervortreten zu lassen.

Derselbe Verlag gibt auch heraus: Prof. Dr. Brauns Mineralogie. Preis 80 Pfg. Auch dieses Büchlein ist sehr lesenswert.

Das Preussische Gewerbebestenergesetz, amtliche, jetzt gültige Fassung. Verlag von L. Schwarz u. Co., Berlin S 14, Dresdener Straße 80. Preis 60 Pfg.

„Arbeiter-Jugend“. Die zweite Nummer des neuen Jugendorgans ist soeben erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Im Kampf. — Die proletarischen Frauen und die Arbeiterjugend. Von Clara Zetkin. Die Vorläufer der Arbeiterjugend“ (II. Die „Arbeiterjugend“). Von Max Peters. — Ein sozialistisches Jubiläum (Zum 50. Geburtstag der materialistischen Geschichtsauffassung). — Charles Darwin und seine Lehre. Von M. H. Waage. — Die Berliner Jugendbewegung. Von Fritz Maschke. — Gewerkschaftliche Bewegung. — Aus der Politik. — Vom Kriegerdenkmal. — Fremdwörter. — Beilage: Junge Arbeiter. Gedicht von Hammerdorff. — Die zwei Kollegen. Von Robert Grösch. — Ein Soldat der Revolution (Stefan Wozel). — Der Vortrag als Bildungsmittel. Von Heinrich Schulz. — Bücher für die Jugend. — Glaubensbekenntnis. Von Fr. Th. Wischer.

Die „Arbeiter-Jugend“ kostet pro Quartal 50 Pfg., die Einzelnummer 10 Pfg. und kann durch die örtlichen Jugendausschüsse, sämtliche Parteipublikationen, Buchhandlungen und Kolporteurs bezogen werden.

Wo Kartelle nicht bestehen, können sich unsere Kollegen Probenummern direkt aus Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, kommen lassen.

Achter Bericht des Kölner Arbeiterssekretariats. Selbstverlag des Kartells. Die Zusammenstellung ist recht übersichtlich geordnet. In 2400 Fällen wurden allein Unfallangelegenheiten erledigt.

Das Leipziger Arbeiterssekretariat, 5. Jahresbericht (Verlag des Gewerkschaftskartells). Im verflossenen Jahre wurden 11527 Auskünfte erteilt. Folgende Gebiete kamen in Frage: a) Arbeiterversicherung 3426 Auskünfte, b) Dienst- und Arbeitsvertrag 1669 Auskünfte, c) Bürgerliches Recht 3992 Auskünfte, d) Strafsachen 770 Auskünfte, e) Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 1174 Auskünfte, f) Verchiedenes 490 Auskünfte. — Der schon geordnete Bericht gibt über alle wichtigen Leipziger Gewerkschaftsangelegenheiten für 1908 eingehend Auskunft.